

Inhalt

Aktionsfeld: Regionale Wirtschaftsförderung	2
Aktionsfeld: Infrastruktur	12
Aktionsfeld: Haushalt und Wettbewerb	18
Aktionsfeld: Standortfaktor Verwaltung.....	22
Aktionsfeld: Arbeitsmarkt und Fachkräfte	27
Aktionsfeld: Wissenschaft und Technologietransfer	40
Aktionsfeld: Umwelt und Ressourcen	46
Aktionsfeld: Internationalisierung der Berliner Wirtschaft	51
Weitere Leistungen.....	54

Aktionsfeld: Regionale Wirtschaftsförderung

Ziele im Überblick:

Clusterpolitik

- Ziel: Clusterpolitik unterstützen - Strukturen, Controlling, Monitoring
- Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Gesundheitswirtschaft fördern
- Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters IKT-/Medien-/Kreativwirtschaft fördern
- Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Verkehr/Mobilität/Logistik fördern
- Ziel: Für eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik eintreten

Wirtschaftsförderinstitutionen

- Ziel: Unternehmensförderung "aus einem Guss" schaffen: klare Förderstrukturen, eindeutige Zuständigkeiten, auf einander abgestimmter Service

Finanzierungsinstrumente

- Ziel: Rahmenbedingungen für Finanzierung mitgestalten - Finanzierungssituation für kleine und mittelständische Unternehmen verbessern
- Ziel: Monetäre Wirtschaftsförderung am Bedarf der Berliner Wirtschaft ausrichten
- Ziel: Optimale Ausstattung mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds sichern
- Ziel: Mitglieder über Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung informieren

Standortstärken

- Ziel: Wirtschaftliche Entwicklung Berlins beobachten und darstellen
- Ziel: Führungsposition als Gründerhauptstadt ausbauen
- Ziel: Berlin als Sportstadt begreifen
- Ziel: Berlin als Tourismusmagnet ausbauen

Standortmarketing

- Ziel: Berlin bei Standortentscheidungen von nationalen und internationalen Unternehmen oder Fachkräften an vorderster Stelle positionieren
- Ziel: Für Corporate Social Responsibility (CSR) als erfolgreiche Managementmethode werben

Clusterpolitik

Ziel: Clusterpolitik unterstützen - Strukturen, Controlling, Monitoring
--

Maßnahme: Clusterpolitik Berlins unterstützen und innoBB mitgestalten

Die IHK Berlin wird Stellung nehmen zur grundsätzlichen wirtschafts- (bzw. cluster-) politischen Strategie und sich in den Konzeptionsprozess der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (InnoBB) einbringen. Sie wird Impulse an die Politik geben zu den Fragen, welche Cluster sinnvoll sind, in welchem Zuschnitt sie das sind, wie die Entwicklung der Cluster generell aussehen sollte und was das übergeordnete Ziel der Berliner Clusterpolitik ist. Sie wird sich auch dafür einsetzen, engere Verbindungen der Cluster und Strategien untereinander zu berücksichtigen. Denn Cluster entwickeln sich nicht entlang scharf abgegrenzter Linien. Vielmehr müssen die spezifischen Stärken Berlins gemeinsam wachsen. Themen wie Industriepolitik, Technologietransfer etc. sind bei der Clusterentwicklung zu berücksichtigen.

Forderung: Effektive Clusterstrukturen aufbauen

Die IHK Berlin fordert, dass die im Rahmen der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg angestrebten Clusterstrukturen auf bestehenden Standortvorteilen der Region aufbauen und zur Wettbewerbsfähigkeit der Region beitragen. Die Clusterstrukturen müssen sich auf den technologischen Kern der Cluster fokussieren. Die formulierten Strategien müssen daraufhin entsprechend überprüft und angepasst werden. Die Clustermanagements sollten als unternehmensorientierte, zentrale Ansprechpartner die Akteure vernetzen. Ihre Aufgabe besteht darin, vor allem die Rahmenbedingungen zur Clusterentwicklung entsprechend günstig zu gestalten, z.B. in dem die vertrauensvolle Kommunikation zwischen Unternehmen im Cluster gefördert wird. Dazu gehört auch, den internationalen Austausch bzw. die internationale Vernetzung zu fördern, um auch langfristig neue Impulse für die Clusterentwicklung aufzunehmen und eine Stagnation durch selbstreferentielle Entwicklung zu vermeiden.

Forderung: Clustermonitoring verbessern

Die IHK Berlin wird die aktuell bestehenden Schwächen des Clustermonitorings benennen und Verbesserungen, beispielsweise bei der Transparenz der Ergebnisse insbesondere gegenüber den Unternehmen/Clusterpartnern, fordern. Sie wird ebenfalls Verbesserungen bei der bisher unzureichenden Definition von Erfolgsfaktoren fordern. Diese sollte sich stärker an Indikatoren orientieren, die den sich bei den Unternehmen niederschlagenden Clustererfolg, beispielsweise hinsichtlich des Vernetzungsgrades oder der Diffusion von Köpfen und Know-how im Cluster, wiedergeben. Die IHK Berlin wird mittels einer eigenen Umfrage Impulse für ein besseres Clustermonitoring setzen.

Forderung: Erfolgskontrolle und nachhaltige Clusterentwicklung gewährleisten

Die IHK fordert die Einführung und Umsetzung von besseren Controlling-Prozessen in den Clustern, um eine fortlaufende Erfolgskontrolle zu gewährleisten. Deren Ergebnisse müssen vom Clustermanagement zur Anpassung der Clusterorganisation und der geplanten Maßnahmen zur nachhaltigen Clusterentwicklung genutzt werden.

Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Gesundheitswirtschaft fördern

Maßnahme: Umsetzung Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg begleiten

Die IHK Berlin wird in Kooperation mit den beteiligten Akteuren an der Konkretisierung des Masterplans Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg insbesondere im Handlungsfeld Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitstourismus mitwirken und die Umsetzung der geplanten Maßnahmen aktiv unterstützen. Einen Schwerpunkt wird dabei die Förderung des Austausches von Dienstleistern, Wissenschaftlern und an betrieblicher Gesundheitsförderung interessierten Unternehmen bilden.

Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters IKT- /Medien- /Kreativwirtschaft fördern
--

Maßnahme: Maßnahmenkatalog der IHK Berlin umsetzen

Die IHK Berlin wird auf der Grundlage einer Potenzialanalyse der Berliner IKT-Wirtschaft und dem darin enthaltenen Handlungskatalog, verschiedene Maßnahmen umsetzen, um die Potenziale dieser Branche zu nutzen. Zudem wird die IHK Berlin entsprechende Forderungen an Politik und Verwaltung richten.

Maßnahme: Mehrwert der Digitalen Wirtschaft für andere Bereiche hervorheben

Die IHK Berlin wird die Stärken und die Kompetenzen der Digitalen Wirtschaft in Berlin und die Bedeutung von IKT als Querschnittstechnologie für andere Bereiche der Berliner Wirtschaft intensiver kommunizieren. Dazu wird die IHK Berlin 2014 gemeinsam mit Partnern verschiedene Veröffentlichungs- und Veranstaltungsformate entwickeln, um die Vernetzung mit anderen Branchen zu stärken.

Maßnahme: Branchenschwerpunkte Digitale Wirtschaft vorantreiben

Die IHK Berlin wird Schwerpunktthemen der Branche durch gemeinsame Aktivitäten mit anderen Akteuren (wie Senat, IBB, Berlin Partner, BITKOM und SIBB) vorantreiben. Dazu gehören die Verstärkung der Arbeit des Arbeitskreises IKT-Wirtschaft, Initiativen gegen den Fachkräftemangel in der Digitalen Wirtschaft sowie die Vermarktung des IKT-Standortes, u.a. mit der IT-Standortkampagne login.berlin.

Maßnahme: Dialog der Kreativbranche mit der Politik stärken

Der IHK-Ausschuss "Creative Industries" reagiert vorausschauend auf die aktuellen wirtschaftlichen Strömungen, um im ständigen Dialog mit Politik und Verwaltung Anregungen und Forderungen zu platzieren und Positionen zu manifestieren. Die IHK wird über den Ausschuss eine SWOT-Analyse mit Forderungskatalog zu den Teilbranchen der Kreativwirtschaft erarbeiten, die im Jahr 2014 veröffentlicht wird.

Maßnahme: Vernetzung in der Kreativbranche fördern

Die Berliner Kreativwirtschaft ist geprägt von einer Heterogenität innerhalb der einzelnen Teilbranchen. Um die unterschiedlichen Ausrichtungen und die damit verbundenen Bedürfnisse und Problemstellungen zu vermitteln, bedarf es eines kontinuierlichen Austausches zwischen Unternehmen der Branche, der Wirtschaft und der Politik sowie einer Vernetzung innerhalb der Kreativbranche. Die IHK Berlin wird diesen Prozess mit gezielten Formaten fördern und unterstützen, wie z.B. durch öffentliche Veranstaltungen zur Situation in den einzelnen Teilbranchen. Nach "Filmstars in Berlin - so schön kann Wirtschaftskraft sein", ist für 2014 u.a. eine Kulturveranstaltung zur Situation in den freien Theatern geplant.

Maßnahme: Branchenspezifisches Informationsangebot

Die IHK Berlin wird aktuelle branchenspezifische Themen begleiten und bewerten und dazu ein auf die Bedürfnisse der Unternehmen der Digitalen Wirtschaft bzw. der Kreativwirtschaft abgestimmtes Informationsangebot bereitstellen, z.B. über Brancheninformationen im Internetauftritt, Newsletter, Veranstaltungen und Gespräche sowie den Austausch mit Branchenvertretern über den Ausschuss Digitale Wirtschaft bzw. den Ausschuss Creative Industries intensivieren.

Forderung: Unternehmen des Clusters IKT- /Medien- /Kreativwirtschaft in Clusterpolitik stärker einbinden

Die IHK Berlin fordert, dass beim Clustermanagement IKT- /Medien- /Kreativwirtschaft von „Projekt Zukunft“ (Referat der Senatsverwaltung für Wirtschaft) eine stärkere Einbindung der Wirtschaft erfolgt. Das gilt sowohl für die politische Steuerung und Koordinierung als auch für das allgemeine Management.

Forderung: Beteiligungsmöglichkeiten für IKT-Unternehmen erhöhen

Die IHK Berlin fordert klare Verantwortlichkeiten und eine höhere Transparenz der Projekte zur Clusterentwicklung im Bereich IKT/Medien/Kreativwirtschaft, um die Beteiligungsmöglichkeiten und die Vernetzung der Unternehmen zu erhöhen.

Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Verkehr/Mobilität/Logistik fördern

Maßnahme: Mehrwert des Clusters Verkehr/Mobilität/Logistik für Unternehmen steigern

Die IHK Berlin beteiligt sich intensiv an der Arbeit des Clustermanagements, indem sie ihre Expertise einbringt sowie Mitglieder und Öffentlichkeit über die konkreten Produkte des Clustermanagements informiert. Damit sorgt die IHK dafür, dass der Mehrwert des Clusters für die beteiligten Unternehmen weiter steigt, die Wahrnehmung und Präsenz des Clusters in der Branche und der Öffentlichkeit verstärkt und die Vernetzung in ganz Berlin und Brandenburg vertieft werden.

Maßnahme: Branchenspezifische Veranstaltungen

Die IHK Berlin wird auch mit branchenspezifischen Veranstaltungen und der Mitarbeit im Netzwerk für innovative Fahrzeugkonzepte dafür sorgen, dass der Wissensaustausch zwischen den im Cluster vertretenen Kompetenzfeldern verstärkt wird und Innovationen befördert werden.

Maßnahme: Schaufenster Elektromobilität erfolgreich umsetzen

Die IHK Berlin wird die Umsetzung der Projekte des Programms Schaufenster Elektromobilität aktiv begleiten und ihre Mitglieder über aktuelle Angebote informieren. Insbesondere wird sie bei den Mitarbeitern für eine Beteiligung am Projekt "Elektrifizierung von Unternehmensflotten" werben.

Maßnahme: Internationalisierung

Die IHK Berlin wird an einer stärkeren internationalen Ausrichtung des Clusters mitwirken, in dem sie ihre Informations- und Serviceangebote für die Außenwirtschaft einbringt. Dies ist eine Voraussetzung, um langfristig Stabilität und Kontinuität der Clusterarbeit zu gewährleisten.

Ziel: Für eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik eintreten

Maßnahme: Prüfsteine für eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik erarbeiten

Die IHK Berlin wird unter Einbezug des Ehrenamts Prüfsteine erarbeiten, mithilfe derer die Innovationsfreundlichkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen beurteilt werden kann. Auf dieser Grundlage wird sie für eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik des Senats eintreten.

Wirtschaftsförderinstitutionen

Ziel: Unternehmensförderung "aus einem Guss" schaffen: klare Förderstrukturen, eindeutige Zuständigkeiten, auf einander abgestimmter Service

Maßnahme: Wirtschaftsfördereinrichtungen stärker vernetzen

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern dafür sorgen, dass es zu einer engen Abstimmung untereinander kommt und die Aufgaben effizient unter den Wirtschaftsfördereinrichtungen Berlins verteilt sind.

Maßnahme: Unternehmensservice erfolgreich fortführen

Die IHK Berlin wird den "Unternehmensservice" weiter unterstützen. Dazu wird die IHK die Transparenz des Serviceangebots für ihre Mitgliedsunternehmen erhöhen und beispielsweise die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern von Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie unter Einbindung der Initiative „IHK vor Ort“ und den Branchenkoordinatoren intensivieren.

Finanzierungsinstrumente

Ziel: Rahmenbedingungen für Finanzierung mitgestalten - Finanzierungssituation für kleine und mittelständische Unternehmen verbessern

Maßnahme: Mittelstandsfinanzierung für KMU sicherstellen

Eine gute Kapitalversorgung der Berliner Wirtschaft ist die Grundlage für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Die IHK wird sich in Abstimmung mit Branchennetzwerken und Unternehmen für angemessene Finanzierungsbedingungen und ein marktgerechtes Angebot an Finanzierungsprodukten einsetzen sowie sich mit dem DIHK bei Stellungnahmen zu Fragen der Finanzmarkt- und Bankenregulierung positionieren.

Maßnahme: Finanzierungsalternativen stärken

Die IHK Berlin wird die Entwicklung der Nachfrage und Bereitstellung von Wagniskapital beobachten und mit den relevanten Stakeholdern Potentiale, Best Practices, Chancen und Risiken analysieren. Gemeinsam mit dem DIHK wird sich die IHK Berlin auf allen politischen Ebenen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagnis- und Beteiligungsfinanzierungen einsetzen, damit diese für neu gegründete und innovative Unternehmen wichtige Finanzierungsform weiter ausgebaut werden kann.

Forderung: Steuerliche Absetzbarkeit von Verlusten aus Unternehmensbeteiligungen verbessern

Die IHK Berlin fordert, dass Verluste aus der Beteiligung an innovativen Unternehmen auch mit Gewinnen aus anderen Einkommensarten besser verrechnet werden können und dass die Mindestgewinnbesteuerung abgeschafft wird, um so Anreize für ein größeres Angebot an Risikokapital von privaten Anlegern zu schaffen.

Ziel: Monetäre Wirtschaftsförderung am Bedarf der Berliner Wirtschaft ausrichten

Maßnahme: Mitgliedsunternehmen in Förderausschüssen unterstützen

Die IHK Berlin wird sich als Mitglied in Förderausschüssen des Landes für die optimale Vergabe öffentlicher Fördermittel an die Berliner Wirtschaft im Sinne ihrer Mitgliedsunternehmen einsetzen.

Maßnahme: Monetäre Wirtschaftsförderung an Bedürfnissen des Mittelstandes anpassen - bedarfsgerechte monetäre Wirtschaftsförderung in Berlin

Die IHK Berlin wird eine passgenaue Gestaltung der Förderprogramme in Berlin fordern und dafür insbesondere die entsprechenden Bedürfnisse der Mitgliedsunternehmen an die Politik übermitteln, damit die Programme tatsächlich zur Förderung der Berliner Wirtschaft beitragen und nicht durch zu hohe Bürokratiehürden abschrecken. Die IHK Berlin wird sich dabei als starker Partner im Abstimmungsprozess der regionalen Förderprogramme positionieren.

Ziel: Optimale Ausstattung mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds sichern

Maßnahme: EU-Strukturfondsmittel effizient einsetzen

Nachdem die operationellen Programme der EU-Strukturfonds für die neue Förderperiode 2014 - 2020 auch unter intensiver Beteiligung der IHK Berlin erstellt wurden und nunmehr feststehen, wird sich die IHK Berlin über den gesamten Verlauf der Förderperiode unter anderem in den entsprechenden Förderausschüssen für einen effizienten Einsatz der EU-Strukturfondsmittel stark machen.

Ziel: Mitglieder über Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung informieren

Maßnahme: Unternehmen gut informiert in die neue EU-Förderperiode begleiten

Die IHK Berlin wird ihre Mitgliedsunternehmen über Änderungen und Neuerungen bei Förderprogrammen im Zuge der neuen EU-Förderperiode 2014 - 2020 z.B. durch begleitende Berichterstattung in der "Berliner Wirtschaft" und Veranstaltungen informieren.

Maßnahme: Online Informationen für Mitgliedsunternehmen bereitstellen

Die IHK Berlin wird ihren Internetauftritt so umgestalten, dass sich Gründer und Unternehmer noch umfassender über die verschiedenen Fragen rund um Finanzierung und Fördermöglichkeiten für ihr Unternehmen informieren können.

Maßnahme: Regionalpartnerschaft der KfW wahrnehmen

Die IHK Berlin wird ihre Mitgliedsunternehmen bei der Beantragung von geförderten Beratungsleistungen unterstützen. Als Regionalpartner der KfW engagiert sich die IHK Berlin beim "Gründercoaching Deutschland", dem "Runden Tisch" und der "Turn-Around-Beratung".

Maßnahme: Unternehmen Wege zu neuen Formen der Unternehmensfinanzierung aufzeigen

Die IHK unterstützt Unternehmen bei der Finanzierungsplanung mit Informationen und Veranstaltungen. Dabei werden insbesondere alternative Finanzierungsformen, die auf die Bedürfnisse von Start-ups und schnell wachsenden Unternehmen zugeschnitten sind, in den Fokus gestellt.

Maßnahme: Konzept und Finanzierung - Zusammenbringen, was zusammenpasst

Die IHK Berlin wird mit neuen Veranstaltungsformaten in die Räumlichkeiten des Ludwig Erhard Hauses einladen, um ihren Mitgliedern die Gelegenheit zu bieten, sich und ihr Konzept vor Geldgebern zu präsentieren.

Standortstärken

Ziel: Wirtschaftliche Entwicklung Berlins beobachten und darstellen

Maßnahme: Konjunktorentwicklung beobachten

Die IHK wird die konjunkturelle Entwicklung weiter beobachten und die Analysequalität weiter verbessern. Dazu wird die IHK z. B. auf der Grundlage einer repräsentativen Mitgliederbefragung mehrmals jährlich die Konjunkturumfrage durchführen; auch künftig die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern fortsetzen und weiter verbessern; die Repräsentativität der Konjunkturumfrage steigern.

Dazu wird die IHK geeignete Instrumente entwickeln oder beschaffen; die Nutzbarkeit der Ergebnisse für die an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen und Branchen erhöhen; eine realitätsnahe Analyse der Berliner Wirtschaftscluster und einzelner Wirtschaftsbereiche mit quantitativ belastbaren Aussagen anstreben; aktuelle Konjunkturentwicklungen in Berlin und Deutschland kontinuierlich beobachten, um daraus wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen abzuleiten; zu den wichtigsten Branchen (Industrie, Baugewerbe, Handel, Gastgewerbe & Tourismus, Dienstleistungen) vertiefte Auswertungen (Branchenspiegel) herausgeben, die den Unternehmen nützliche Informationen zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung zur Verfügung stellen.

Maßnahme: Zahlen, Daten, Fakten bereitstellen

Die IHK Berlin wird Zahlen, Daten, Fakten zum Wirtschaftsstandort Berlin bereitstellen. Insbesondere wird die IHK dabei zur Fundierung der wirtschaftspolitischen und unternehmerischen Entscheidungsfindung beitragen, indem sie die wichtigsten Eckdaten über den Wirtschaftsstandort Berlin in der Broschüre „Berliner Wirtschaft in Zahlen“ veröffentlicht; die Zusammenarbeit mit Datenlieferanten (z. B. Amt für Statistik Berlin Brandenburg) weiter vertiefen; eine regelmäßig erscheinende Übersicht „EinBlick Berlin“ (Arbeitstitel) herausgeben. Dieses Format wird gebündelt und übersichtlich Stand und Entwicklung der wichtigsten wirtschaftlichen Kennzahlen in Berlin vermitteln.

Ziel: Führungsposition als Gründerhauptstadt ausbauen
--

Maßnahme: Start-ups als wichtige Zielgruppe unterstützen

Die IHK Berlin intensiviert die Nähe zu Netzwerken, Inkubatoren und Co-Working-Spaces. Durch den Austausch mit den Unternehmen können die Bedarfe der Start-ups konkretisiert und in Angeboten für die Unternehmen sowie konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen umgesetzt werden.

Maßnahme: Unternehmer von Morgen unterstützen

Die IHK stellt Schülern im Rahmen des Projektes „Ich mach mich selbständig!“ (IMMS Berliner Unternehmer vor, macht Unternehmertum „anfassbar“ und fördert ein positiveres Unternehmerimage schon in der Schule. Gleichermaßen wird den Schülern Selbstständigkeit als Alternative zum Angestelltendasein frühzeitig nahegebracht.

Maßnahme: Existenzgründer fördern

Die IHK Berlin bietet ein physisches Starter Center als erste Anlaufstelle. Potenzielle Existenzgründer erhalten hier schriftliche und persönliche/telefonische Erstinformationen. Weiterführende Fragen werden durch das Starter Center koordiniert in die Fachbereiche gegeben. Darüber hinaus bietet die IHK Berlin online-Support bei der Bearbeitung eines Businessplans und auch dazu ein persönliches Feedback.

Maßnahme: Gründungsförderung durch Stellungnahmen unterstützen

Durch die Abgabe von Einschätzungen zu Gründungsvorhaben gegenüber diversen Förderinstitutionen, wie der Agentur für Arbeit, KfW oder auch JobCenter, unterstützt die IHK Berlin aktiv das Gründungsgeschehen der Stadt. Weiterhin unterstützt die IHK Berlin durch die Mitgliedschaft in Fördergremien die Vergabe öffentlicher Mittel für Berliner Gründer.

Maßnahme: Gründungsnetzwerk Berlin stärken

Als aktiver Partner beteiligt sich die IHK Berlin am Gründungsnetzwerk in Berlin. Die Online-Portale gruenden-in-berlin.de und gruendungswerkstatt-berlin-brandenburg.de werden u.a. durch die IHK redaktionell betreut und zum Teil inhaltlich verantwortet.

Durch die Teilnahme an Netzwerktreffen und Steuerungskreisen wird die strategische Weiterentwicklung der Portale sowie die verbesserte kundenorientierte Darstellung von Inhalten unterstützt.

Maßnahme: Verbessertes Informationsangebot für neue Mitgliedsunternehmen

2014 wird die IHK den Erstkontakt zu den neuen IHK-Mitgliedern weiter ausbauen und verbessern. Hierzu werden ca. 40.000 Begrüßungsschreiben an Neumitglieder versandt. Neben der Informationsveranstaltung "Well-Kammer" wird mit dem Paket „Hans und Karla“ den Unternehmen ein leichter Einstieg in das Thema IHK ermöglicht.

Maßnahme: Unternehmen bei der Nachfolgeregelung unterstützen

Die IHK Berlin wird verstärkt inhabergeführte Mitgliedsunternehmen für eine frühzeitige Nachfolgeregelung sensibilisieren und unter Berücksichtigung der branchenspezifischen Besonderheiten Entscheidungshilfen für die Unternehmensnachfolge an die Hand geben. Durch eine regelmäßige Publikation des Themas sollen kleinere und größere Mittelständler bewegt werden, sich mit dem Thema im Rahmen der Unternehmenssicherung zu beschäftigen.

Ziel: Berlin als Sportstadt begreifen
--

Maßnahme: Sport als Wirtschaftsfaktor begreifen und fördern

Die IHK wird sich für die verbesserte Zusammenarbeit von Sport, Verwaltung und Wirtschaft weiter einsetzen, u.a. über den Expertenkreis "Sport und Wirtschaft" als zentralen Ansprechpartner für Politik, Senat und Verwaltung. Zugleich wird die IHK auf eine stärkere Berücksichtigung des Sports im Hauptstadtmarketing und in der touristischen Vermarktung drängen und sich für eine Weiterentwicklung und bessere Wahrnehmbarkeit der Initiative „Sportmetropole Berlin“ einsetzen.

Maßnahme: Wirtschaftsfaktor Sport promoten

Die IHK wird aufsetzend auf die Ergebnisse des letzten Sportwirtschaftsberichts eine Veranstaltung zum Thema "Wirtschaftsfaktor Sport" durchführen. Im Mittelpunkt soll dabei die wirtschaftliche Win-Win-Situation von Wirtschaft und Sport beim Sponsoring stehen.

Ziel: Berlin als Tourismusmagnet ausbauen
--

Maßnahme: Tourismuskonzept des Senats evaluieren und Umsetzung begleiten

Die IHK Berlin wird in einem Arbeitskreis zukunftsrelevante und branchenübergreifende Themen analysieren und dem IHK-Tourismusausschuss vorstellen sowie Vorschläge für die Nachjustierung des Tourismuskonzepts erarbeiten.

Maßnahme: Touristische Netzwerke aufbauen und stützen

Die IHK Berlin wird den Austausch zwischen den Unternehmen der Branche und Politik sowie Verwaltung durch den Tourismusausschuss und Veranstaltungen fördern und vorhandene Netzwerkaktivitäten wie den Runden Tisch Tourismus, den Tag des Tourismus, den IHK-Arbeitskreis Tourismus und Handel sowie die Initiative „Service in the City“ unterstützen.

Maßnahme: Branchenspezifische Trends aufzeigen

Die IHK wird über verschiedene Kommunikationswege (Veranstaltungen, BW, Newsletter) über Trends und Entwicklungen im Tourismus und Handel informieren.

Maßnahme: Vernetzung von Handel und Tourismus stärken

Die IHK wird den Bezug und Verkauf von regionalen Produkten sowie regionaltypische Tourismusangebote durch eine Veranstaltung in der Wahrnehmung der Branchen stärken und die Vernetzung fördern.

Maßnahme: Attraktivität Berlins für Gäste fördern

Die IHK Berlin wird u.a. im Rahmen der Initiative "Service in the City" besonders die Kriterien Serviceorientierung, Sauberkeit, Sicherheit und Internationalität durch aktive Mitarbeit unterstützen. Zudem wird die IHK die Kooperation mit der Initiative "ServiceQualität Deutschland" in Berlin fortführen und das Angebot bei der Kommunikation unterstützen.

Maßnahme: Studie zum Wirtschaftsfaktor Wassertourismus erheben

Der Berlin-Tourismus auf und am Wasser ist ein wichtiger Standortfaktor für die Stadt. Gleichzeitig befindet sich Berlin in Europas größtem Binnen-Wassersport-Gebiet. Zusammen mit den IHKs aus Brandenburg will die IHK Berlin eine Studie durchführen, um zur Ansprache an Politik und Verwaltung belastbares Zahlenmaterial zum wirtschaftlichen Effekt des Wassertourismus zu erhalten.

Forderung: Touristische Infrastruktur verbessern

Die Berliner Infrastruktur wird an vielen Stellen den enormen Wachstumsraten im Tourismus nicht mehr gerecht. Die IHK fordert die weitere Verbesserung der touristischen Infrastruktur, indem negative Auswirkungen von Baumaßnahmen minimiert werden und z. B. Verkehrswege, Wegweisung, Busparkplätze und Bootsanlegestellen bei Baumaßnahmen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Bei Neubauprojekten wie dem Humboldtforum oder der Museumsinsel und an Verkehrsschnittstellen, wie dem Hauptbahnhof, fordert sie die Schaffung von ausreichend Halteplätzen für Busse und Taxen ein. Dabei wird besonderes Augenmerk auf Barrierefreiheit und Familienfreundlichkeit der Infrastruktur gelegt.

Standortmarketing

Ziel: Berlin bei Standortentscheidungen von nationalen und internationalen Unternehmen oder Fachkräften an vorderster Stelle positionieren

Maßnahme: Business Welcome Services (BWS) ausbauen

Der Business Welcome Service soll erste Anlaufstelle für alle ausländischen Gründer, Start-ups sowie für Fach- und Führungskräfte in Berlin werden. Hierfür sind umfangreiche Marketingmaßnahmen erforderlich: in Berlin bei den Unternehmen mit Fachkräftebedarf, auf Messen, in Hochschulen und international bei Botschaften und AHKs.

Maßnahme: Aufbau einer One-Stop-Agentur Berlin im Ludwig Erhard Haus

Die IHK wird bestehende Services wie den Business Welcome Service, die Gründerberatung, die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und viele weitere Services in einem neuen Willkommensbereich im Foyer des Ludwig Erhard Hauses bündeln. Damit entsteht Berlins zentrale Anlaufstelle für ausländische Gründer und Fachkräfte sowie ein Treffpunkt für alle Berliner Gründer und Unternehmer.

Ziel: Für Corporate Social Responsibility (CSR) als erfolgreiche Managementmethode werben

Maßnahme: Möglichkeiten der Corporate Social Responsibility (CSR) als Strategie zur Fachkräftesicherung hervorheben

Die IHK Berlin wird die Möglichkeiten der Corporate Social Responsibility (CSR) zur Fachkräftesicherung stärker hervorheben und dafür verwandte Themenfelder, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Diversity-Management noch enger mit der CSR-Initiative verknüpfen.

Maßnahme: Den Begriff des "Ehrbaren Kaufmanns" stärker in den Blick der Öffentlichkeit rücken

Die IHK Berlin wird darauf hinwirken, den Begriff des "Ehrbaren Kaufmannes" stärker mit dem Engagement in Corporate Social Responsibility (CSR) zu verknüpfen und als Erfolgskonzept für kleine und mittlere Unternehmen darzustellen.

Maßnahme: Über erfolgreiche Umsetzung von Corporate Social Responsibility (CSR) informieren

Die IHK Berlin wird verstärkt über verschiedene Kommunikationswege gute Beispiele der Umsetzung von Corporate Social Responsibility (CSR) darstellen und verbreiten.

Maßnahme: Austausch zu Corporate Social Responsibility (CSR) unterstützen

Die IHK Berlin wird die Netzwerkarbeit zu Corporate Social Responsibility (CSR) weiter verstärken und dafür Veranstaltungsformate wie das IHK CSR-Forum Berlin sowie den Berliner CSR-Tag weiter entwickeln und vermarkten.

Aktionsfeld: Infrastruktur

Ziele im Überblick

- Ziel: Infrastruktur der Gewerbegebiete verbessern
- Ziel: Standortkooperationen fördern
- Ziel: Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmen sichern
- Ziel: Verkehrsinfrastrukturprojekte zügig planen und umsetzen
- Ziel: Baumaßnahmen verkürzen, koordinieren und besser kommunizieren
- Ziel: Städtebauförderung unter Einbeziehung der Wirtschaft verwenden - öffentlich-private Kooperationen im Städtebau stärken
- Ziel: Attraktives Wohnen in allen Segmenten ausbauen
- Ziel: Bürgerbeteiligung durch Einbeziehung des Mittelstandes professionalisieren
- Ziel: Berlin als Smart City koordiniert und gemeinsam voranbringen
- Ziel: Erreichbarkeit der Quartiere durch alle Verkehrsarten sicherstellen und Aufenthaltsqualität verbessern
- Ziel: Konflikte zwischen unterschiedlichen Nutzungen vermeiden

Ziel: Infrastruktur der Gewerbegebiete verbessern
--

Maßnahme: Routennetz für Schwerlasttransporte voranbringen

Die IHK wird gemeinsam mit der Verwaltung ein Routennetz definieren und voranbringen, das vorrangig für Großraum- und Schwerlasttransporte genutzt wird. Bei der Koordinierung von Baumaßnahmen sollen diese definierten Routen Priorität genießen.

Maßnahme: Weiterentwicklung des Berliner Wirtschaftsverkehrskonzeptes mitgestalten

Die IHK wird bei der Weiterentwicklung des Berliner Wirtschaftsverkehrskonzeptes dafür eintreten, die Verbindungsstrecken zwischen Gewerbegebieten und Autobahnen als prioritäres Netz „Rote Lebensadern“ für Lkw-Anbindung mit ausreichenden Radien, ohne Verkehrsberuhigung und Temporeduzierung zu kartieren, zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Forderung: Maßnahmenkonzepte für Gewerbegebiete aufstellen

Die IHK Berlin fordert eine konzeptionelle und standortkonkrete Neuaufstellung zur Förderung der Infrastruktur von Gewerbegebieten.

Ziel: Standortkooperationen fördern
--

Maßnahme: Neue Wettbewerbsrunde Mittendrn Berlin starten

Die IHK Berlin wird die erfolgreiche Zentreninitiative Mittendrn Berlin weiterführen und weiterentwickeln. Hierzu starten wir 2014 gemeinsam mit unseren Partnern, dem Land Berlin und Sponsoren aus der Wirtschaft die siebte Wettbewerbsrunde. Mit der PPP Mittendrn Berlin werden Standortkooperationen vor allem in Geschäftsstraßen und Stadtzentren befähigt, Events und Initiativen zu entwickeln, die sie unverwechselbar machen und eine besondere Attraktivität verleihen.

Maßnahme: City-, Geschäftsstraßen- und Regionalmanagements unterstützen

Die IHK Berlin wird City- und Geschäftsstraßenkooperationen sowie Regionalmanagements z. B. in Berlin SüdWest, der City West oder Schöneweide, mit ihrem Know-how und ihren Serviceleistungen begleiten und den Gedanken der Vernetzung sowie der kooperativen Stadtentwicklung befördern.

Maßnahme: Geschäftsstraßeninitiativen fördern

Die IHK wird die Berliner Geschäftsstraßen intensiv betreuen, das Geschäftsstraßenforum jährlich durchführen, Hilfe bei Neugründungen von Interessengemeinschaften geben sowie an wichtigen Treffen der Arbeitsgemeinschaften in den Bezirken teilnehmen.

Maßnahme: Grenzüberschreitende Standortkooperationen befördern

Die IHK Berlin wird im Rahmen der Nord-Süd-Initiative grenzüberschreitende Kooperations- und Austauschangebote für die Unternehmen im Skandinavisch-Adriatischen-Korridorraum organisieren und die Interessen gegenüber öffentlichen Institutionen und der Europäischen Kommission vertreten.

Ziel: Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmen sichern

Maßnahme: Online-Gewerbemietenservice weiter ausbauen

Die IHK Berlin wird auf der Basis des aktualisierten Orientierungsrahmens für Gewerbemieten den Service für die Unternehmen auf Daten für Gewerbehöfe erweitern, die eigene Datenbasis ausweiten und die Kategorien für Lagen mit GIS Daten unterlegen

Forderung: Weiterentwicklung der Berliner Liegenschaftspolitik

Die Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik wird auch von der Berliner Wirtschaft unterstützt. Sie beinhaltet im Wesentlichen eine Abkehr von der ganz überwiegenden Vergabe nach dem Höchstpreis. Wir befürworten einen breiten Mix an Methoden beim Umgang mit vom Staat nicht mehr benötigten Grundstücken. Dieser reicht vom reinen Höchstbieterverfahren, über Konzeptvergaben bis hin zum Erbbaurecht. Langwierige Entscheidungsprozesse für jene Grundstücke, über deren Nutzung bereits Konsens besteht, sind jedoch unnötig. Bereits identifizierte Grundstücke für Wohnungsbau, industrielle und kreative Nutzungen müssen parallel zum Prozess der Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik schnell in die Vermarktung gegeben werden.

Forderung: Zentrenkonzepte weiterentwickeln

Die IHK Berlin wird fordern, dass die Zentrenkonzepte der Bezirke für den Handel kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig auf einen aktuellen Stand gebracht werden. Die IHK Berlin wird sich intensiv in den Überarbeitungsprozess einbringen.

Ziel: Verkehrsinfrastrukturprojekte zügig planen und umsetzen
--

Maßnahme: Eisenbahnkonferenz mit Kammerunion Elbe/Oder durchführen

Die IHK wird mit in Zusammenarbeit mit der Kammerunion Elbe/Oder das Thema Eisenbahnstreckenausbau in unsere osteuropäischen Nachbarländer promoten. Dafür wird eine internationale Eisenbahnkonferenz mit Polen und Tschechien weiter für den schnellen Ausbau der Eisenbahnstrecken nach Polen und Tschechien insbesondere Stettin, Breslau und Prag werben.

Maßnahme: Verkehrsinfrastrukturprojekte promoten

Ein Grundpfeiler für wirtschaftliches Wachstum ist die Verkehrsinfrastruktur, die Wirtschaftsstandorte miteinander verbindet. Die IHK Berlin wird zur Verbesserung des Images von Verkehrsinfrastrukturprojekten wie z.B. den 17. Bauabschnitt der A100 und die Realisierung der Dresdner Bahn - auch mit Kampagnen - beitragen, und so wichtige Ergänzungen der Verkehrsnetze erleichtern.

Forderung: Verkehrsinfrastruktur Schiene ausbauen

Die IHK fordert die Realisierung prioritärer Maßnahmen und wird sich auf allen Ebenen dafür stark machen. Dazu gehören die Realisierung der Dresdner Bahn für den Airportexpress, die Planung für den Ausbau der Nordbahn und die Verbindungen in Richtung Polen und Osteuropa.

Forderung: Berliner Straßennetz und Straßenanbindung erhalten und ausbauen

Die IHK fordert die Intensivierung der Straßenerhaltung, den Ausbau von P+R-Plätzen und die Umsetzung prioritärer Ausbauprojekte der Straßenverkehrsinfrastruktur, wie A100 (Planung des 17. BA), TVO, Autobahnanschluss Buch.

Ziel: Baumaßnahmen verkürzen, koordinieren und besser kommunizieren
--

Maßnahme: Berliner Handlungsleitfaden Baustellenkommunikation umsetzen

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit den Leitungs- und Verkehrsbetrieben sowie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt einen Berliner Handlungsleitfaden „Baustellenkommunikation“ fertigstellen erarbeiten, um bezirksübergreifend die stadtweite Kommunikation zu professionalisieren.

Maßnahme: Steuerungskreis Verkehrsorganisation und Verkehrslenkung fortführen

Die IHK wird gemeinsam mit der Berliner Landes- und Bezirksverwaltung, den Verkehrs- und Leitungsbetrieben den Runden Tisch Baustellenkoordination als Steuerungskreis Verkehrsorganisation und Verkehrslenkung fortführen und gemeinsam Lösungen erarbeiten, um eine regelmäßige Koordinierung der Planung von Baumaßnahmen im öffentlichen Raum aufzubauen und neue Instrumente der Koordinierung und Kommunikation einzusetzen.

Maßnahme: Unternehmensinteressen bei der Verlängerung der U5 und des Humboldtforums vertreten

Die IHK Berlin wird sich im Koordinationsgremium zu den Neubaumaßnahmen in der historischen Mitte (z.B. U5, Humboldtforum und Museumsinsel) und dafür einsetzen, dass Ausweichstrecken erhalten bzw. neu eingerichtet werden und die Auswirkungen auf die Gewerbetreibenden, z. B. im Nikolaiviertel, minimiert werden.

Maßnahme: Betroffene Unternehmen unterstützen

Die IHK Berlin wird negative Auswirkungen von notwendigen Baumaßnahmen minimieren, indem sie betroffene Unternehmen frühzeitig informiert, aus der Planung resultierende Probleme eruiert, wichtige Verfahren in den IHK-Arbeitskreisen diskutiert und sich im „Ausschuss für Räumungsbetroffene“ für die Auszahlung von Überbrückungshilfen an existenzbedrohte Unternehmen einsetzt.

Forderung: Verkürzung von Bauzeiten nach dem AVUS Modell fordern

Die IHK wird weiter fordern, dass das Ausschreibungsverfahren mit Geschwindigkeitsbonus Standard wird, mit dem bei der Sanierung der AVUS und der A100 im Bereich Dreieck Funkturm eine deutliche Bauzeitverkürzung erreicht wurde.

Ziel: Städtebauförderung unter Einbeziehung der Wirtschaft verwenden - öffentlich-private Kooperationen im Städtebau stärken

Maßnahme: Stadtprägende Standorte wirtschaftsfreundlich entwickeln

Die IHK Berlin wird dafür Sorge tragen, dass die Interessen der Wirtschaft bei der Entwicklung von herausragenden stadtprägenden Standorten, etwa in Tegel, Tempelhof, Heidestraße, Berlin-Buch oder der City West gewahrt werden. Dazu wird die IHK Planung, Bau, Nutzung der Standorte aktiv begleiten, Möglichkeiten der Einbindung der Unternehmen fördern und nutzen. Eine besondere Rolle nehmen dabei die sogenannten Zukunftsorte mit Clusterbezug ein. Im Hinblick auf den wirtschaftlichen Betrieb und die Nutzung prägender Gebäude wie dem Humboldt-Forum, dem ICC oder der künftigen Zentral- und Landesbibliothek wird ein Schwerpunkt auf der Nutzungsart sowie dem ökonomischen Betrieb, z.B. in Form von PPP-Modellen liegen.

Maßnahme: Baunebenrecht wirtschaftsfreundlich gestalten

Die IHK Berlin daran mitwirken, nach dem Baurecht auch das Baunebenrecht in Berlin wirtschaftsfreundlich zu gestalten. Dazu wird die IHK u.a. Forderungen zur Weiterentwicklung von Denkmalschutzrecht, Naturschutzrecht und Straßenrecht im Arbeitskreis und im Ausschuss entwickeln und einen ständigen Dialog zwischen Denkmalpflegern, Eigentümern und Investoren führen.

Forderung: Begleitendes Gremium zur Städtebauförderung

Die IHK Berlin wird die Einrichtung eines neuen Begleitgremiums fordern, damit die Wirtschaft künftig früher, intensiver und verbindlicher in Förderentscheidungen des Städtebaus, etwa bei Verfügungsfonds des Programms Aktive Zentren, einbezogen wird.

Ziel: Attraktives Wohnen in allen Segmenten ausbauen

Maßnahme: Kostensparendes Bauen thematisieren

Bei steigenden Grundstückspreisen und zunehmender Regulierung der Rendite aus der Vermietung von Wohnungen wird das kostensparende Bauen zur Senkung der Lebenszykluskosten eines Gebäudes immer wichtiger. Die IHK wird in einem neuen Arbeitskreis das Thema stärker in das Bewusstsein der Mitgliedsunternehmen rücken und best practice Lösungen vorstellen/erarbeiten.

Ziel: Bürgerbeteiligung durch Einbeziehung des Mittelstandes professionalisieren

Maßnahme: Bauleitplanung im Interesse der Wirtschaft begleiten

Die IHK Berlin wird die Interessen der Berliner Wirtschaft in der Bauleitplanung als Träger öffentlicher Belange weiterhin erfolgreich vertreten und für Transparenz in der Bauleitplanung sorgen. Dazu gehört z. B. zu allen Verfahren der Bauleitplanung fundiert Stellung zu nehmen, interessierte Unternehmen über jährlich ca. 150 laufende Verfahren zur Bauleitplanung und weitere standortbeeinflussende Planungen auf der IHK-Internetseite zu informieren. Betroffene Unternehmen werden mit Hilfe von IHK-MUSIS einbezogen, aus Planungen resultierende absehbare Probleme aufgezeigt, wichtige laufende Verfahren mit dem IHK-Arbeitskreis diskutiert.

Maßnahme: Beteiligungsangebot zu Planungsprozessen ausbauen

Die IHK Berlin wird ihr geographisches Informationssystem IHK-GIS weiterentwickeln und für eine intensivere und frühzeitige Einbeziehung der betroffenen Unternehmen in Verfahren der Bauleitplanung nutzen.

Darüber hinaus wird die IHK Berlin das Online-Informationsangebot zu allen laufenden Planungsprozessen verbessern und Beteiligungsmöglichkeiten für Unternehmen an Planungen anbieten.

Forderung: Moderne Kommunikationskanäle für die Beteiligung nutzen

Die IHK Berlin wird fordern, dass während der gesamten Dauer von Planungsprozessen maximale Transparenz durch umfangreiche Informationsangebote, die allen Interessierten Zugang zum aktuellen Stand der Planung sowie den bisherigen und noch ausstehenden Partizipationsmöglichkeiten bieten. Durch den Einsatz neuer und moderner Kommunikationskanäle im Internet kann die Verwaltung dies effizient leisten.

Forderung: Koordinierungsstelle für Planungsbeteiligung und Partizipation einrichten

Die IHK Berlin wird die Einrichtung einer neuen Koordinierungsstelle für Planungsbeteiligung und Partizipation fordern, die als zentrale Instanz, bzw. Gremium alle landesweiten und bezirklichen Partizipationsprozesse anleiten und begleiten soll und vor Beginn von Planung über den Einsatz der geeigneten Beteiligungsverfahren entscheiden soll.

Ziel: Berlin als Smart City koordiniert und gemeinsam voranbringen

Maßnahme: Berlin TXL Urban Tech Republic startklar machen

Die IHK wird die Berlin TXL Urban Tech Republic und weitere Ansätze unterstützen, die in Zusammenarbeit mit den Berliner Wissenschaftseinrichtungen neue Produkte auf den Gebieten Mobilität, Energie, Recycling und Kommunikation für die Stadt von morgen entwickeln und sich auf diese Weise neue Märkte auf dem Wachstumsmarkt der Zukunft erschließt. Es gilt, den gemeinsam verabschiedeten Masterplan so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen.

Maßnahme: Nord-Süd-Initiative verstärkt für Urban Technologies nutzen

Die IHK Berlin wird verstärkt die Nord-Süd-Initiative nutzen, um den Austausch europäischer Metropolen auf dem Weg zu einem globalen Leitmarkt für Urban Technologies zu intensivieren. Die IHK wird dazu einen internationalen Workshop für die relevanten Unternehmen vorbereiten.

Forderung: Berlin als Smart City voranbringen

Berlins Infrastruktur muss als Smart City Vorreiter einer verlässlichen und preiswerten Versorgung mit Energie, Wasser, Medien, Daten und Waren und von effizienten Mobilitätsangeboten sein. Die IHK Berlin fordert eine abgestimmte Definition einer Smart City Berlin und eine gesamthafte und stringente Prozesssteuerung durch die Politik unter starker, partnerschaftlicher Einbeziehung der relevanten Unternehmen und der Wissenschaft.

Ziel: Erreichbarkeit der Quartiere durch alle Verkehrsarten sicherstellen und Aufenthaltsqualität verbessern

Maßnahme: Reisebusfreundlichkeit Berlins stärken

Die IHK Berlin wird die Erarbeitung eines Leitsystems für den Reisebusverkehr fordern und aktiv unterstützen, denn Berlin ist eine der beliebtesten Metropolen des Reisebustourismus. Dazu wird die IHK Berlin detaillierte Anforderungen für die Ausweisung zusätzlicher Halte- und Parkmöglichkeiten für Reisebusse erarbeiten und einbringen. Zudem wird die IHK Berlin gemeinsam mit visitBerlin den BusStop-Faltplan überarbeiten und aktualisieren, der alle wichtigen Informationen für Reisebusse enthält.

Maßnahme: Initiative zu Fahrrad und Handel anstoßen

Die IHK wird hierzu eine Internetseite erstellen, die Wege aufzeigt, wie die Fahrradfreundlichkeit in Geschäftsstraßen erhöht und damit ein positives Image erreicht werden kann.

Maßnahme: Straßenraumgestaltung eng begleiten

Die IHK Berlin wird in Planungs- und Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen von der Landes- über die Bezirks- bis in die Detailplanung, etwa bei der Umsetzung der drei Pilotprojekte "Begegnungszone", Umgestaltungen von Straßen und Plätzen, Lärmschutz- und Luftreinhalteplänen Wirtschaftsinteressen vertreten.

Maßnahme: Lösungsvorschläge für neuralgische Punkte im Verkehrsnetz erarbeiten

Die IHK führt den in 2013 vorbereiteten Wettbewerb "Schlau aus dem Stau" durch. Hier werden Berliner Unternehmen ihre Vorschläge für Problemlösungen an den neuralgischen Punkten einreichen können, die dann in Kooperation mit der Verkehrsverwaltung geprüft und im Erfolgsfall auch tatsächlich umgesetzt werden.

Forderung: ÖPNV attraktiver machen

Die IHK Berlin wird Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Berliner ÖPNV-Angebotes diskutieren, weil es ein wesentliches Element der Attraktivität Berlins für Bewohner, Besucher und auch Unternehmen ist.

Ziel: Konflikte zwischen unterschiedlichen Nutzungen vermeiden

Maßnahme: Gutachten zur konfliktfreien Nachbarschaft von unterschiedlichen Nutzern erstellen

Die IHK Berlin wird ein Gutachten erstellen, das die Abgrenzungen zwischen den verschiedenen Nutzungen Wohnen, Industrie und Kreativwirtschaft untersucht. Das Gutachten soll neben einem fundierten Rechtsteil beispielhafte Lösungen aus anderen Regionen beinhalten, die auf Berlin übertragbar sind.

Aktionsfeld: Haushalt und Wettbewerb

Ziele im Überblick

- Ziel: Ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen
- Ziel: Mit Schuldentilgung beginnen und damit Zinsen sparen
- Ziel: Verwaltungsreform als Chance zur Haushaltskonsolidierung nutzen
- Ziel: Investitionsquote erhöhen und doppelt gewinnen (Aufträge für die Wirtschaft, Attraktivität Berlins steigern)
- Ziel: Gewerbesteuerbelastung senken
- Ziel: Grundsteuer wirtschaftsfreundlich reformieren
- Ziel: Keine neuen oder höheren Steuern und Abgaben
- Ziel: Steuerpraxis vereinfachen
- Ziel: Verstaatlichungen verhindern
- Ziel: Fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen/gemischtwirtschaftlichen und privaten Unternehmen herstellen, wo Wettbewerb (noch) existiert

Ziel: Ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen

Maßnahme: Debatte um den Länderfinanzausgleich beeinflussen

Die IHK wird die Diskussion um die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ab 2020 auf Bundes- und Länderebene verfolgen, wichtige Knackpunkte herausstellen, eigene Leitplanken für eine Positionierung entwickeln und diese bei Bedarf bereits in die Debatte einbringen.

Forderung: Umsetzung der IHK-Vorschläge zur Haushaltsentlastung einfordern

Die IHK wird weiterhin auf die Umsetzung der Entlastungsvorschläge zur Haushaltskonsolidierung aus dem Positionspapier "Berliner Haushaltspolitik 2020" hinwirken und dabei insbesondere die Einsparungen auf der Ausgabenseite herausstellen.

Ziel: Mit Schuldentilgung beginnen und damit Zinsen sparen

Maßnahme: Ansatzpunkte für einen Schuldenabbau benennen

Die IHK wird mit Haushaltsexperten der Parteien und Fraktionen und gegebenenfalls der Senatsverwaltung für Finanzen über Möglichkeiten und sinnvollen Umfang der Schuldentilgung diskutieren und eigene Argumentationen dazu entwickeln.

Maßnahme: Chancen Schuldenabbau aufzeigen

Die IHK Berlin wird die Bedeutung der Schuldentilgung durch Musterberechnungen in einem Flyer oder anderen öffentlichkeitswirksamen Formaten verdeutlichen.

Ziel: Verwaltungsreform als Chance zur Haushaltskonsolidierung nutzen

Forderung: Wirtschaftsfreundlichkeit einfordern

Die IHK Berlin wird sich weiterhin für die kontinuierliche Verbesserung der Dienstleistungsmentalität in der Berliner Verwaltung einsetzen. Eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung mit serviceorientierten Mitarbeitern begünstigt Unternehmensgründungen und -ansiedlungen, fördert wirtschaftliche Prosperität und trägt damit mittelbar auch zur Haushaltskonsolidierung bei.

Ziel: Investitionsquote erhöhen und doppelt gewinnen (Aufträge für die Wirtschaft, Attraktivität Berlins steigern)

Maßnahme: Vergaberecht entbürokratisieren

Die IHK Berlin wird sich bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen für unbürokratische Verfahren einsetzen. Dazu wird die IHK auch eigene Verbesserungsvorschläge, u.U. gemeinsam mit Bündnispartnern, einbringen.

Forderung: Mittelstandsfreundliche Vergabepolitik einfordern

Die IHK Berlin wird bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen eine stärkere Berücksichtigung des Mittelstands fordern. Dazu gehört die verstärkte Anreizwirkung durch kleinteilige Vergaben sowie die strikte Durchsetzung des Wirtschaftlichkeitsgebots.

Ziel: Gewerbesteuerbelastung senken

Maßnahme: Gewerbesteuerinitiative der IHK fortführen

Die IHK Berlin wird sich weiterhin dafür stark machen, dass an der Stellschraube des Gewerbesteuerhebesatzes in Berlin nicht zu Lasten der gewerblichen Wirtschaft gedreht wird. Dafür wird die IHK Berlin u.a. eine Aktualisierung / Weiterentwicklung des IHK-Positionspapiers „Gewerbesteuer als Standortfaktor“ aus dem Jahr 2011 vornehmen und bei Bedarf in die öffentliche Diskussion einbringen.

Forderung: Gewerbesteuerreform anschieben

Die IHK Berlin wird über den DIHK die Chancen eines neuen Anlaufs zur Reform der Gewerbesteuer auf Bundesebene ausloten und bei Erfolgsaussicht die Reform mit Nachdruck einfordern.

Ziel: Grundsteuer wirtschaftsfreundlich reformieren

Forderung: Reform der Grundsteuer einfordern

Die IHK Berlin wird die derzeit ruhende Diskussion um die Reform der Grundsteuer über den DIHK wieder neu anfachen.

Ziel: Keine neuen oder höheren Steuern und Abgaben

Maßnahme: Steuer- und Abgabenbelastung wirtschaftsverträglich halten

Die IHK Berlin wird die Debatte um Steuererhöhungen kritisch begleiten und die wirtschaftsschädliche Wirkung von Erhöhungen aufzeigen. Zugleich wird die IHK Berlin die Abgabenbelastung im Land Berlin im Blick behalten und darauf hinwirken, dass auch hier ein wirtschaftsverträgliches Maß beibehalten wird. Dazu werden erforderlichenfalls auch nationale und ggf. internationalen Benchmarks angestrengt.

Forderung: Branchengerechte Umsetzung der City Tax einfordern

Das Abgeordnetenhaus hat gegen alle Mahnungen seitens der Wirtschaft mit sehr kurzer Frist zum Jahreswechsel die Einführung der City Tax beschlossen. Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass offene Punkte (z. B. beim Datenschutz, Beweisführung, Paketbuchungen) zügig und wirtschaftsfreundlich geklärt und die Ausnahmen für Geschäftsreisen möglichst weit ausgelegt werden.

Forderung: Vermögensteuer verhindern

Die IHK wird sich auch weiterhin, u.U. über den DIHK, dafür einsetzen, die Einführung einer Vermögensteuer oder Vermögensabgabe auf Bundesebene zu verhindern.

Forderung: Erhöhung Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer verhindern

Die IHK wird sich auch weiterhin, u.U. über den DIHK, dafür einsetzen, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer zu verhindern.

Ziel: Steuerpraxis vereinfachen
--

Maßnahme: Elektronische Verfahren begleiten

Zur Einführung neuer elektronischer Verfahren, sei es bei der elektronischen Aufbewahrung von Unterlagen (GoBD) oder bei der elektronischen Rechnungsstellung, wird sich die IHK Berlin für eine Vereinfachung der Prozesse und gegen einen weiteren Aufbau von Bürokratie stark machen, Umsetzungsprobleme sammeln und in Gesprächen mit der Berliner Finanzverwaltung nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Begleitend wird sie Informationsveranstaltungen anbieten.

Maßnahme: Zeitnahe Betriebsprüfung anschieben

Die IHK Berlin wird die Gespräche mit der Berliner Finanzverwaltung zum Thema "Zeitnahe Betriebsprüfung" wieder aufnehmen und für einen gemeinsamen Vorstoß werben.

Maßnahme: Austausch mit der Finanzverwaltung ausweiten

Die IHK Berlin wird den Runden Tisch mit der Berliner Finanzverwaltung fortführen und gemeinsam mit der Finanzverwaltung über weitere, zu bearbeitende Themenfelder nachdenken und ggf. im Runden Tisch aufgreifen.

Maßnahme: Mitgliederberatung in Rechts- und Steuerfragen kundenorientiert anbieten

Die IHK bietet Mitgliedsunternehmen und Existenzgründern qualifizierte Erstauskünfte und -beratungen zu rechts- und steuerrechtlichen Fragen rund um das Unternehmen (ca. 25.000 Beratungen im Jahr). Dazu gehören auch Publikationen zu rechts- und steuerrechtlichen Fragen sowie Informationsveranstaltungen zu aktuellen Änderungen.

Forderung: Steuerreformen forcieren

Die IHK wird sich auf allen Ebenen für ein wettbewerbsfähiges und wirtschaftsfreundliches Steuerrecht sowie eine unbürokratische und praxisgerechte Steuerpraxis einsetzen. Dazu wird sich die IHK u.a. für eine Reform der Einkommensteuer unter Beseitigung der kalten Progression und der Herstellung eines gerechteren Tarifsystems einsetzen, die Reform der Umsatzsteuer durch eine moderate, gleichmäßige Besteuerung aller Unternehmen mit wenigen Ausnahmen einfordern und auf eine wirtschaftsfreundliche und rechtssichere Besteuerung der Unternehmensnachfolge drängen. Daneben wird sich die IHK für eine steuerliche Förderung von F&E einsetzen.

Ziel: Verstaatlichungen verhindern

Maßnahme: Grundsatzpapier erarbeiten

Die IHK wird sich auf Bundesebene für die Erarbeitung eines DIHK-Grundsatzpapiers zum Thema „Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand“ einsetzen und sich an der Erarbeitung beteiligen.

Forderung: Wettbewerb in der Daseinsvorsorge einfordern

Die IHK Berlin wird die zukunftsfähige und wettbewerbsfördernde Ausgestaltung der Berliner Daseinsvorsorge einfordern, insbesondere die weitere Privatisierung von Landesbeteiligungen außerhalb staatlicher Kernverantwortung. In der Abfallpolitik wird die IHK Berlin auf eine starke Beteiligung privater Unternehmen drängen.

Forderung: Rekommunalisierungen verhindern

Die IHK wird weiterhin die wirtschaftsschädlichen Auswirkungen von Rekommunalisierungen aufzeigen und entsprechenden politischen Planungen entgegentreten.

Ziel: Fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen/gemischtwirtschaftlichen und privaten Unternehmen herstellen, wo Wettbewerb (noch) existiert

Maßnahme: Steuerung der Landesunternehmen verbessern

Die IHK wird sich für eine bessere Steuerung der Landesunternehmen einsetzen, dazu strategische Vorschläge unterbreiten und die Einhaltung der Vorgaben der LHO und des Betriebsgesetzes im Hinblick auf die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand einfordern.

Forderung: Steuerliche Ungleichbehandlung beenden

Die IHK wird weiterhin auf die Aufhebung der steuerlichen Ungleichbehandlung zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft drängen.

Forderung: Transparenz bei gemischtwirtschaftlichen Unternehmen erhöhen

Die IHK unterstützt die Politik, die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben durch gemischtwirtschaftliche Unternehmen transparenter zu gestalten und dort einzuschränken, wo fairer Wettbewerb mit privaten Unternehmen verhindert wird.

Forderung: Wettbewerb im ÖPNV stärken

Die IHK fordert, dass die aktuelle Teilnetzausschreibung des Berliner S-Bahnnetzes juristisch und wirtschaftlich einwandfrei durchgeführt wird. Damit soll erreicht werden, dass auch im S-Bahn-Segment echter Wettbewerb einziehen kann, so wie es im Regionalverkehr bereits gelungen ist.

Forderung: Wettbewerb in der Energiewirtschaft sichern

Die IHK wird weiterhin die Risiken einer Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze in Berlin benennen und bei der Konzeption eines Stadtwerks darauf drängen, dass wirkliche Impulse für die Energiewende durch das Unternehmen ausgehen.

Forderung: Wettbewerb in der Abfallwirtschaft sichern

Die IHK wird bei der Entwicklung neuer abfallrechtlicher Rahmenbedingungen z. B. im Bereich der Wertstofffassung oder Elektroschrott auf Wettbewerb und funktionierende Marktwirtschaft drängen.

Forderung: Kreislaufwirtschaftsgesetz

Die IHK fordert eine Aufrechterhaltung der gewerblichen Sammlung auch unter den Vorgaben des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes und eine Förderung des ökologischen Wettbewerbs bei der Verwertung.

Aktionsfeld: Standortfaktor Verwaltung

Ziele im Überblick

- Ziel: Servicequalität der Berliner Verwaltung verbessern
- Ziel: Verwaltungsstrukturen bezirksübergreifend angleichen
- Ziel: Bürger-, Ordnungsämter und Justiz modernisieren
- Ziel: Gesetze und Rechtsverordnungen wirtschaftsfreundlich gestalten und effektiven Vollzug gewährleisten
- Ziel: Personalmanagement professionalisieren
- Ziel: Unternehmenssicherheit im Land Berlin erhöhen
- Ziel: Online-Angebote der Berliner-Ämter weiter ausbauen

Ziel: Servicequalität der Berliner Verwaltung verbessern

Maßnahme: Modernisierungsprogramm „ServiceStadt Berlin 2016“ begleiten

Zur Begleitung des Programms „ServiceStadt Berlin 2016“ Berlin wird die IHK die Umsetzung verfolgen, bewerten und in Kooperation mit Politik und Verwaltung auf die Weiterentwicklung der festgelegten Ziele hinwirken. Sie wird die Verwaltung bei dem Vorhaben unterstützen, ein positiver Standortfaktor für Berlin zu werden.

Forderung: Nachhaltige Bürokratieentlastung einfordern

Die Bürokratiekostenbelastung für Unternehmen, z.B. durch statistische Informationspflichten muss gesenkt und Verwaltungsprozesse vereinfacht werden. Dazu wird die IHK darauf drängen vorhandene Regelungen kritisch zu prüfen und zugleich E-Government-Angebote auszubauen, um den Bürokratieabbau voranzutreiben.

Forderung: Umsetzung der IHK-Vorschläge zur Verwaltungsmodernisierung fordern

Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Vorschläge des Positionspapiers „Berlin braucht eine zukunftsfähige und wirtschaftsfreundliche Verwaltung“, wie z. B. die kritische Prüfung der Verwaltungsstrukturen - gerade auch im Zusammenspiel mit der IT-Steuerung -, und des Aufgabenkatalogs, die Verbesserung elektronischer Angebote und die Bündelung von Unternehmensdienstleistungen von der Berliner Verwaltung umgesetzt werden.

Forderung: Fremdsprachigkeit in der Verwaltung gewährleisten

Um für die Berliner Wirtschaft ausländische Fachkräfte zu gewinnen und die Gründung und Ansiedlung von Unternehmen in der Stadt zu unterstützen, bedarf es einer Verwaltung, die ihren Kunden mehrsprachige Angebote macht. Zur Willkommenskultur in einer Weltstadt wie Berlin gehören auch ausreichende Fremdsprachenkenntnisse der Verwaltungsmitarbeiter. Die IHK Berlin wird daher darauf drängen, dass das fremdsprachige Angebot der Verwaltung für Gründer und Fachkräfte ausgebaut wird.

Ziel: Verwaltungsstrukturen bezirksübergreifend angleichen

Forderung: Stärkeren Einsatz von „Shared Services“ fordern

Die IHK Berlin wird auf Landes- und Bezirksebene darauf hinwirken, dass „Shared Services“ (bspw. im Gebäudemanagement, in der Personalverwaltung, in der IT) zentral koordiniert und umgesetzt werden.

Forderung: Organisationsstrukturen vereinheitlichen

Die IHK Berlin wird sich auf Landesebene für die berlinweite Angleichung der Geschäftsbereiche in den Bezirksämtern sowie für einheitliche Verfahrensregeln bei der Behandlung gleichgelagerter Fälle einsetzen.

Ziel: Bürger-, Ordnungsämter und Justiz modernisieren
--

Maßnahme: Effizienz des Einheitlichen Ansprechpartners (EA) erhöhen

Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass es in Berlin nur ein Verfahren geben wird, Gewerbeanzeigen oder Genehmigungen online zu erledigen. Hierzu sollen die Anwendung „StarterCenter“ von IHK und HWK und der EA weiter kooperieren. Es soll eine Schnittstelle zur Übertragung von im StarterCenter abgefragten Daten an das EA-Portal geschaffen werden. IHK und HWK werden gemeinsam mit der SenWTF prüfen, wie diese hierzu notwendige Datenschnittstelle zu gestalten ist, um die im StarterCenter generierte Daten in das EA Portal übertragen zu können.

Maßnahme: Justizverfahren beschleunigen

Die IHK Berlin wird mit dem Kammergericht, dem Landgericht Berlin und den öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen den Einsatz des Sachverständigenbeweises optimieren, um Gerichtsverfahren zu beschleunigen. In gemeinsamen Veranstaltungen werden IHK Berlin, Richter des Landgerichts und Sachverständige bessere und schnellere Wege der Zusammenarbeit erarbeiten. Von der IHK Berlin erarbeitete Checklisten für Richter und Sachverständige sollen Arbeitsabläufe erleichtern und beschleunigen.

Maßnahme: Entlastung der Berliner Gerichte unterstützen

Die IHK Berlin wird die außergerichtliche Konfliktbeilegung weiter fördern, um damit die Berliner Gerichte zu entlasten. Die von der IHK Berlin initiierte Informationsplattform www.schlichten-in-berlin.de wird dazu kontinuierlich ausgebaut. Die Schlichtungsstelle der Berliner Wirtschaft wird weiter beworben.

Maßnahme: Stärkung der Marke „Law made in Germany“

Im internationalen Rechtsverkehr wird noch häufig auf das anglo-amerikanische Recht verwiesen. Das deutsche Rechtssystem beinhaltet Vorteile, z.B. in der außergerichtlichen Konfliktbeilegung, die es noch stärker zu bewerben gilt.

Ziel: Gesetze und Rechtsverordnungen wirtschaftsfreundlich gestalten und effektiven Vollzug gewährleisten
--

Maßnahme: Gesetzesvorhaben wirtschaftsorientiert begleiten

Die IHK wird gesetzgeberische Vorhaben mit Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft kritisch begleiten und eigene Vorschläge für wirtschafts- und vor allem mittelstandsfreundliche Rechtsänderungen und Reformvorhaben erarbeiten sowie deren Umsetzung einfordern. Dazu gehört auch die Unterstützung oder Initiierung von Deregulierungsprozessen und die Schaffung von Rahmenbedingungen für einen funktionierenden, marktwirtschaftlich basierten Wettbewerb.

Maßnahme: Regulierungsmaßnahmen für die Finanzwirtschaft

EU-Kommission und Bundesregierung planen weitere Regulierungsmaßnahmen für den Finanzsektor.

Die IHK wird sich in Abstimmung mit Branchennetzwerken und Unternehmen und gemeinsam mit dem DIHK für eine maßvolle Umsetzung einsetzen und unnötigen bürokratischen Belastungen für die Wirtschaft sowie wettbewerbshemmenden Hürden entgegenreten.

Maßnahme: Selbstverwaltungsaufgaben unternehmensfreundlich ausführen

Die IHK übernimmt eine Reihe hoheitlicher Aufgaben in der Form der Selbstverwaltung und sorgt für eine unternehmensfreundliche Ausführung. Dazu gehören Auskünfte (ca. 10.500 telefonisch Auskünfte im Jahr) und Stellungnahmen (ca. 3.000 im Jahr) zu Handelsregistereintragungen, die Benennung von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen gegenüber Gerichten, Behörden und Unternehmen (ca. 150 im Jahr), gutachterliche Stellungnahmen im Rahmen von Gewerbeuntersagungsverfahren (ca. 450 im Jahr), die Auswahl und Benennung ehrenamtlicher Handelsrichter gegenüber dem Landgericht Berlin (ca. 20 im Jahr) sowie die Durchführung des Erlaubnis- und Registrierungsverfahrens für Versicherungsvermittler (ca. 1.000 Verfahren im Jahr) und der Registrierung von Finanzanlagevermittlern (ca. 1.500 im Jahr).

Maßnahme: Verkaufsoffene Sonntage wirtschafts- und kundenfreundlich festsetzen

Dazu wird die IHK gemeinsam mit Unternehmen, dem Handelsverband Berlin Brandenburg und visitBerlin die verkaufsoffenen Sonntage für das Jahr 2015 abstimmen und gesetzeskonform begründen sowie ein Monitoring des Berliner Ladenöffnungsgesetzes durchführen.

Maßnahme: Sachkundeprüfung und Registrierungsverfahren für Honoraranlagenvermittler unbürokratisch durchführen

Die IHK Berlin wird ab August 2014 auch die Sachkundeprüfungen und das gewerberechtliche Registrierungsverfahren für Honorarfinanzanlagenberater effizient durchführen.

Forderung: Berechtigte Wirtschaftsinteressen beim Verbraucherschutz berücksichtigen

Dazu wird die IHK die Einführung eines berlinweit einheitlichen Bewertungssystems der Lebensmittelhygienekontrollen unter Beachtung der Unternehmer- und Verbraucherinteressen kritisch begleiten. Sie wird den DIHK bei der Debatte um ein bundesweit einheitliches Bewertungssystem unterstützen.

Forderung: Vergaberecht und Vergabeverfahren mittelstandsfreundlich ausgestalten

Die IHK wird sich weiterhin für eine Ausgestaltung des Vergaberechts einsetzen, bei der Transparenz, Mittelstandsfreundlichkeit, Wettbewerb und Leistungsfähigkeit im Vordergrund stehen. Dazu wird die IHK u.a. die wirtschaftsschädliche Wirkung von weiteren vergabefremden Kriterien aufzeigen und eine wirtschaftsfördernde, unbürokratische Umsetzung des Berliner Vergaberechts einfordern. Zugleich wird die IHK weiter für die Vorteile von Präqualifizierungen werben.

Forderung: Für Unternehmen Datenschutzvorgaben mit Augenmaß einfordern

Die IHK wird die Diskussion um die Vereinheitlichung des Datenschutzes auf europäischer Ebene kritisch begleiten und auf wirtschaftsfreundliche Umsetzung hinwirken. Dazu gehört u.a. die Forderung nach unternehmensnahen und rechtsklaren Formulierungen bei der beabsichtigten EU-Datenschutzgrundverordnung.

Ziel: Personalmanagement professionalisieren

Maßnahme: Herausforderungen des demografischen Wandels für Verwaltung analysieren

Die IHK Berlin wird sich zu der Herausforderung positionieren, wie die Berliner Verwaltung für den demografischen Wandel fit gemacht werden kann. Dazu wird zum Einen spezifisches Zahlenmaterial erhoben, sowie zum Anderen Vorschläge zum Bewältigung der Herausforderung unterbreitet.

Forderung: Personalbedarfskonzept einfordern

Die IHK wird die Aufstellung eines strategischen Personalbedarfskonzepts für das Land Berlin kritisch begleiten und ggf. abweichende / ergänzende Vorschläge zum Konzept unterbreiten. Dabei wird sie insbesondere darauf drängen, den Personalbedarf anhand von Art und Anzahl der zu erledigenden Aufgaben zu steuern.

Forderung: Von Good-Practices zum Personalmanagement lernen

Die IHK wird auf die Umsetzung der Vorschläge des IHK-Positionspapiers „Personalmanagement 2020“ sowie die Prüfung des flächendeckenden Einsatzes der Good-Practices aus dem IHK-Papiers "Erfolgreiches Personalmanagement in der Berliner Verwaltung" drängen.

Forderung: Personalvorstand für Berlin einsetzen

Die Steuerung der Berliner Verwaltung mit mehr als 100.000 Beschäftigten und deren strategische Planung bedarf eines Gesamtpersonalvorstandes. Die IHK wird die politische Einrichtung einer entsprechenden Ressortverantwortlichkeit gegenüber Senat und Abgeordnetenhaus einfordern.

Forderung: IT-Kompetenz in Verwaltung stärken

Die IHK Berlin wird von der Berliner Verwaltung die Stärkung der IT-Kompetenz der Beschäftigten fordern, um E-Government-Lösungen zu ermöglichen.

Ziel: Unternehmenssicherheit im Land Berlin erhöhen

Maßnahme: Sicherheitspartnerschaft fortführen

Die Sicherheit des eigenen Unternehmens – intern wie extern – ist für den Erfolg von Unternehmen essentiell. Die IHK wird über die Sicherheitspartnerschaft mit den Berliner Sicherheitsbehörden sich für eine verbesserte Sicherheitslage im Land Berlin einsetzen, auf Sicherheitsprobleme aufmerksam machen und für eine erhöhte Sensibilisierung der Sicherheitsbehörden für unternehmerische Belange werben.

Maßnahme: Wege zu mehr IT-Sicherheit aufzeigen

Die IHK Berlin wird den Informationsbedarf zum Thema IT-Sicherheit insbesondere bei kleinen und mittelständischen Unternehmen erfragen und auf dieser Grundlage gezielte Informationen und Veranstaltungen anbieten.

Ziel: Online-Angebote der Berliner-Ämter weiter ausbauen

Maßnahme: Vorschläge für Online-Angebote entwickeln

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit der Handwerkskammer und Unternehmensvertretern an der Weiterentwicklung von Online-Angeboten arbeiten und den zuständigen Senatsverwaltungen Vorschläge für die Einrichtung eines Wirtschaftsportals unterbreiten.

Forderung: Berlin soll Vorreiterrolle bei der Digitalisierung einnehmen

Die digitalisierte Abwicklung von Verwaltungsdienstleistungen birgt erhebliches Entlastungspotenzial für die Berliner Wirtschaft. Die IHK Berlin wird daher darauf drängen, dass die Verwaltung medienbruchfreie Unternehmensdienstleistungen über möglichst einheitliche Zugangswege anbietet.

Aktionsfeld: Arbeitsmarkt und Fachkräfte

Ziele im Überblick

Arbeitsmarkt

Ziel: Die Arbeitslosigkeit bis 2017 unter 10 Prozent

Ziel: Schwarzarbeit durch präventive Maßnahmen zurückdrängen

Fachkräfte

Ziel: Vereinbarkeit Familie und Beruf verbessern

Ziel: Attraktivität Berlins für Fachkräfte erhöhen und vermarkten - Fachkräftesicherung der Berliner Wirtschaft unterstützen

Ziel: Zuzug ausländischer Fachkräfte erleichtern und unterstützen

Ziel: Vielfalt unter den Beschäftigten als Chance für die Berliner Wirtschaft nutzen

Ziel: Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels identifizieren

Aus- und Weiterbildung

Ziel: Qualität der Ausbildung verbessern und hochwertige Fortbildungsabschlüsse sicherstellen

Ziel: Ausbildungsreife durch Steigerung der Schulqualität sicherstellen

Ziel: MINT-Bildung in Kita und Schule ausbauen

Ziel: Bessere Integration durch Bildung erreichen

Ziel: Allen Jugendlichen ein passgenaues Angebot zur Ausbildung oder Qualifizierung machen - Übergang von Schule in Ausbildung erfolgreich gestalten

Ziel: Qualität des Berufsschulunterrichts durch Berufsschulreform verbessern

Ziel: Betriebliche Aus- und Weiterbildung attraktiver gestalten

Ziel: Bildungssystem durchlässiger gestalten

Ziel: Zielführende Weiterbildungsstruktur etablieren

Ziel: Umfassende und systematische Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen etablieren

Ziel: Anzahl der Ausbildungsbetriebe erhöhen

Ziel: Berufsbildungsexport fördern

Ziel: Neue Regelungen beim Berufszugang wirtschaftsfreundlich umsetzen

Ziel: Qualifizierte Organisation und Durchführung für Sachkundenachweise sicherstellen

Arbeitsmarkt

Ziel: Die Arbeitslosigkeit bis 2017 unter 10 Prozent senken
--

Maßnahme: Den Berliner Arbeitsmarkt analysieren und Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes vorschlagen

Die IHK Berlin wird arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Berliner Senats und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg hinsichtlich ihrer Wirtschaftsfreundlichkeit auf den Prüfstand stellen und durch eigene Vorschläge, beispielsweise aus den Positionspapieren „Der Berliner Arbeitsmarkt – Vom Sorgenkind zum Hoffnungsträger“ oder "Richtige Konsequenzen ziehen! Arbeitsplätze statt Mindestlohn", ergänzen.

Maßnahme: Gemeinsame Strategien für Berlin-Brandenburg entwickeln

Die IHK Berlin wird in Abstimmung mit der IHK Potsdam und der Brandenburger Wirtschaft Maßnahmen und Initiativen durchführen und begleiten, die zur Senkung der Arbeitslosigkeit in der Hauptstadtregion geeignet sind.

Maßnahme: Fachkräftegewinnung unterstützen

Die IHK Berlin wird Unternehmen bei ihrer Fachkräfteakquise unterstützen, indem sie in Kooperation mit Partnern, wie z. B. der Regionaldirektion, transparent macht, welche Fachkräfte nach abgeschlossener Ausbildung auf dem Markt zur Verfügung stehen.

Maßnahme: Konzepte für Teilqualifikationen entwickeln

Auf Grund der demografischen Entwicklung rückt immer stärker das Potential der jungen Erwachsenen ohne arbeitsmarkverwertbare Ausbildung und ohne reale Möglichkeit, eine normale Berufsausbildung bzw. Umschulung zu absolvieren, in den Blickpunkt zur Fachkräftegewinnung. Um dieses Potential zu erschließen, wird die IHK zielgruppenspezifische Berufe identifizieren, für diese Berufe Teilqualifikationen entwickeln bzw. entwickeln lassen und Unternehmen gewinnen, die diese Teilqualifikationen dual vermitteln und die Qualifizierten zukünftig beschäftigen werden. Die IHK entwickelt weiterhin ein Kompetenzfeststellungsverfahren zur Zertifizierung dieser Teilqualifikationen.

Forderung: Vorrang für den ersten Arbeitsmarkt

Die IHK Berlin wird sich angesichts der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiterhin für eine Fokussierung aller Vermittlungsbemühungen in den ersten Arbeitsmarkt einsetzen.

Forderung: Flexibilität am Arbeitsmarkt gewährleisten

Die IHK Berlin wird sich für die Wahrung flexibler Regelungen auf dem Arbeitsmarkt einsetzen und über Beschäftigungsformen wie die Minijobs, die den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern, informieren.

Ziel: Schwarzarbeit durch präventive Maßnahmen zurückdrängen

Maßnahme: Brancheninterne Lösungen unterstützen

Die IHK Berlin wird brancheninterne Lösungen zur Schwarzarbeitsbekämpfung, wie z. B. Baustellenläufer oder Fiskaltaxameter, unterstützen und bekannter machen.

Maßnahme: Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit verbessern

Die IHK Berlin wird sich weiterhin aktiv an dem Landesprojekt „Optimierung der Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit“ beteiligen und sich dabei für die Implementierung einer bezirksübergreifenden zentralen Bußgeldstelle einsetzen.

Maßnahme: Bekämpfung von Schwarzarbeit im Taxigewerbe

Die IHK wird für den Einsatz von manipulationssicheren Online-Taxametern werben, um einen fairen Wettbewerb und gleichzeitig mehr Qualität beim Taxiangebot zu erreichen.

Forderung: Schwarzarbeit bekämpfen

Die IHK Berlin fordert von Politik und Verwaltung die Umsetzung der gemeinsam mit der Handwerkskammer formulierten Vorschläge zur Bekämpfung von Schwarzarbeit, wie z.B. die Senkung der Lohnnebenkosten oder Erhöhung der Kontrolldichte durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

Fachkräfte

Ziel: Vereinbarkeit Familie und Beruf verbessern

Maßnahme: Familienfreundliche Unternehmenspolitik als Pluspunkt

Die IHK Berliner wird die Unternehmen für eine familienfreundliche Unternehmenspolitik sensibilisieren, indem insbesondere der Austausch von Unternehmen zum Thema etwa über den Unternehmenstreff "Familie und Beruf" intensiviert wird. Mit der Durchführung eines Landeswettbewerbes "Familienfreundliche Unternehmen" soll bestehendes Engagement gewürdigt und damit gleichzeitig erfolgreiche Umsetzungsbeispiele präsentiert werden.

Maßnahme: Vereinbarkeit als Attraktivitätsmerkmal für Arbeitgeber

Die IHK Berlin wird die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität im Wettbewerb um Fachkräfte hervorheben.

Maßnahme: Vereinbarkeit gestalten

Die IHK Berlin wird im Berliner Beirat für Familienfragen mitarbeiten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch aus Unternehmenssicht positiv zu gestalten.

Forderung: Betreuungsmöglichkeiten verbessern

Die IHK Berlin wird quantitativ und qualitativ bessere Betreuungsmöglichkeiten einfordern.

Forderung: Betriebliche Maßnahmen unterstützen

Die IHK Berlin wird einfordern, dass die Politik das Engagement von Unternehmen, die eigene Initiativen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorantreiben, wie beispielsweise der Ausbau betrieblich unterstützter Betreuungsangebote, angemessen würdigt und auch administrativ unterstützt.

Ziel: Attraktivität Berlins für Fachkräfte erhöhen und vermarkten - Fachkräftesicherung der Berliner Wirtschaft unterstützen

Maßnahme: Fachkräftebedarf sichtbar machen

Die IHK Berlin wird den Fachkräftebedarf der Berliner Wirtschaft nach Wirtschaftszweigen für die nächsten Jahre sichtbar machen. Dafür werden der Fachkräftemonitor und Demografierechner als anwenderfreundliche Prognosemodelle aktualisiert und weiterentwickelt. Für 2014 ist geplant, insbesondere in der Öffentlichkeit auf den Bedarf an beruflich qualifizierten Fachkräften hinzuweisen, der nur über eine duale Ausbildung zu decken ist.

Maßnahme: Fachkräftebedarf sichern

Die IHK Berlin wird für Unternehmen und Politik Wege erarbeiten, um den künftigen Fachkräftebedarf der Berliner Wirtschaft zu sichern.

Maßnahme: Möglichkeiten der Corporate Social Responsibility (CSR) als Strategie zur Fachkräftesicherung hervorheben

Die IHK Berlin wird die Möglichkeiten der Corporate Social Responsibility (CSR) zur Fachkräftesicherung stärker hervorheben und dafür verwandte Themenfelder, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Diversity-Management noch enger mit der CSR-Initiative verknüpfen.

Maßnahme: Aus- und Weiterbildungsangebote für neue Berufsbilder in der Gesundheitswirtschaft entwickeln

Die IHK Berlin wird sich für die Schaffung passender Aus- und Weiterbildungsangebote in der Gesundheitswirtschaft einsetzen und dazu im Dialog mit Unternehmen der Gesundheitswirtschaft und Experten aus Wissenschaft und Politik konkrete Empfehlungen erarbeiten. Dabei stehen insbesondere die Berufsbilder für Kranken- und Altenpflege im Fokus, die sich im Zuge des demografischen Wandels und des medizinisch-technologischen Fortschritts laufend verändernden Qualifikationsanforderungen gegenüber sehen.

Maßnahme: Sicherung von Gesundheitsfachkräften unterstützen

Die IHK Berlin wird ihr Engagement zur Fachkräftesicherung im Rahmen des Masterplans Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg fortsetzen. Dazu wird sie die Messe „Gesundheit als Beruf“ gemeinsam mit den Partnern organisieren und um Formate für akademische Fachkräfte und Life-Science Unternehmen erweitern.

Ziel: Zuzug ausländischer Fachkräfte erleichtern und unterstützen
--

Maßnahme: Attraktives Ausländerrecht schaffen

Die IHK Berlin wird auf Bundesebene für ein bedarfsgerechtes qualifiziertes Zuwanderungsrecht werben. Zuwanderungssteuerung muss über transparente Kriterien wie Qualifikation, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse ausgebaut werden (Punktesystem).

Maßnahme: Tag der offenen Tür Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse etablieren

Die IHK Berlin lädt zum "Tag der offenen Tür Anerkennung" an Anerkennung interessierte Personen mit im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und an diesem Thema interessierte Unternehmen zu einem individuellen Beratungsgespräch ein.

Maßnahme: Möglichkeiten des Anerkennungsgesetzes zur Fachkräftesicherung nutzen

Die IHK Berlin wird die Unternehmen darin unterstützen, die Qualifikationen und Kompetenzen von Fachkräften mit ausländischen Berufsabschlüssen für ihr Unternehmen zu erkennen und zu nutzen.

Maßnahme: Wegweiser zu ausländischen Fachkräften erarbeiten

Die IHK Berlin wird einen Wegweiser erarbeiten, um Berliner Unternehmen Wege zu akademischen Fachkräften aus dem Ausland aufzuzeigen.

Forderung: Arbeitsmarktzugang für ausländische Fach- und Führungskräfte erleichtern

Die Antragsverfahren müssen weiter verkürzt und der Zugang zum Arbeitsmarkt beschleunigt werden.

Forderung: Abschaffung der Vorrangprüfung

Die IHK Berlin wird auf Bundesebene die Abkehr von der bisherigen Praxis der Vorrangprüfung bei ausländischen Fachkräften einfordern, um deren Einstellung unbürokratisch und schnell zu ermöglichen.

Ziel: Vielfalt unter den Beschäftigten als Chance für die Berliner Wirtschaft nutzen

Maßnahme: Chancengleichheit anstreben

Dazu wird die IHK Berlin Unternehmen noch stärker als bisher mit Hilfe von Beispielen aus der Praxis für Qualifikationen und Potentiale beider Geschlechter sensibilisieren.

Maßnahme: Vielfältige Belegschaft als Gewinn

Die IHK Berlin wird Unternehmen die Vorteile eines Diversity Managements und einer Personalpolitik mit dem Ziel einer vielfältigen Belegschaft vermitteln.

Maßnahme: Karrierechancen von Frauen fördern

Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Karrierechancen von Frauen befördert werden, u.a. durch die Mitwirkung am Projekt "Mit Equality zum Erfolg" und die Ansprache weiterer Unternehmen zur Zeichnung der Erklärung „Frauen an die Spitze“.

Maßnahme: Qualifikation als das Einstellungskriterium hervorheben

Die IHK Berlin wird die Qualifikation von Bewerbern als zentrales Einstellungskriterium betonen und starre Quoten, die diesem Ansatz entgegenstehen, ablehnen.

Ziel: Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels identifizieren

Maßnahme: Empfehlungen zur Bewältigung des demografischen Wandels entwickeln

Die IHK Berlin wird Handlungsempfehlungen zur Bewältigung des demografischen Wandels entwickeln und kommunizieren. Insbesondere wird sie dazu die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels in Berlin identifizieren und gegenüber der Berliner Wirtschaft und der Politik kommunizieren.

Aus- und Weiterbildung

Ziel: Qualität der Ausbildung verbessern und hochwertige Fortbildungsabschlüsse sicherstellen

Maßnahme: Ausbildungsbetriebe und –verträge hochwertig betreuen

Die IHK Berlin wird rund 5.600 Ausbildungsbetriebe und 27.000 Ausbildungsverträge betreuen.

Maßnahme: Prüfungen in der Ausbildung hochwertig durchführen

Die Prüfungen in der Aus- und Weiterbildung sind eine der wichtigsten Aufgaben in der IHK Organisation. Die IHK wird rund 24 000 Zwischen- und Abschlussprüfungen hochwertig organisieren und rund 900 Prüfungsausschüsse und ihre ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfer betreuen, indem best-practice Beispiele bei der Organisation und Durchführung der Prüfung verallgemeinert werden (z. B. Bewertungstool).

Maßnahme: Ausbildungsabbrüche verhindern

Hohe Lösungsquoten verhindern Ausbildung, da sie mit hohen Kosten verbunden sind. Um unnötigen Lösungen entgegenzuwirken, werden wir eine Umfrage bei den Auszubildenden durchführen, die den Vertrag gelöst haben, um Lösungsvorschläge entwickeln zu können. Die IHK Berlin wird das Schlichtungsverfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Ausbildenden und Auszubildenden in verstärktem Maße bekannt machen und dadurch die Einigungsbereitschaft bei sich streitenden Ausbildungsvertragspartnern fördern. Der Fortbestand des Ausbildungsverhältnisses ist das Ziel der Bemühungen.

Maßnahme: Schlichtung etablieren

Ziel ist die Einbindung des Schlichtungsverfahrens als Instrument zur Konfliktlösung in Berufsausbildungsverhältnissen. Gleichmaßen werden Auszubildende und Ausbildungsbetriebe über dieses Angebot informiert und somit die Einigungsbereitschaft gefördert und der Fortbestand des Ausbildungsverhältnisses ermöglicht.

Maßnahme: Anzahl der Unternehmensbesuche ausweiten

Die IHK-Ausbildungsberater werden die Anzahl ihrer Betriebsbesuche auf einem weiterhin sehr hohen Niveau halten. Insgesamt werden rund 3.000 Betriebe besucht. Davon entfallen rund 500 Besuche auf bereits aktiv ausbildende Betriebe, um die Qualität der Ausbildung weiter zu stärken.

Maßnahme: Qualitätssiegel für herausragende Ausbildungsbetriebe einführen

Zur Stärkung der Ausbildungsqualität geht die IHK Berlin neue Wege: Wir werden ein freiwilliges Qualitätssiegel für Ausbildungsbetriebe einführen, um deren sehr gute Ausbildungsleistungen zu zertifizieren.

Maßnahme: Weiterbildungsprüfungen am Bedarf der Wirtschaft ausrichten

Die IHK Berlin wird am Bedarf der Unternehmen orientierte Weiterbildungsprüfungen anbieten. Insgesamt werden voraussichtlich mehr als 3.300 Fachkräfte an IHK-Weiterbildungsprüfungen teilnehmen.

Maßnahme: Qualität der Ausbildung im Dialog mit dem BBA forcieren

Gute Fachkräfte bedürfen einer qualitativ hochwertigen Ausbildung in den Ausbildungsbetrieben und den beruflichen Schulen. Dazu werden in Zusammenarbeit mit dem Berufsbildungsausschuss der IHK Berlin, der im Rahmen seiner Aufgaben auf eine stetige Entwicklung der Qualität der beruflichen Bildung hinzuwirken hat, geeignete Maßnahmen getroffen, die eine hohe Ausbildungsqualität sichern.

Maßnahme: Prüferschulungen bereichsübergreifend konzipieren und organisieren

Im Zusammenhang mit der Prüferkonferenz 2013 wurde von der Aus- und Weiterbildung sowie der Abteilung Sach- und Fachkundeprüfungen ein Prüferprofil für alle drei Bereiche erarbeitet. Damit es nicht nur publiziert, sondern auch gelebt wird, werden die drei Bereiche ein Prüferschulungskonzept erstellen und entsprechend pilotieren.

Maßnahme: Ausbilderfrühstücke/-stammtische etablieren

Das Format eines Ausbilderfrühstücks hat sich bewährt. Ausbilder einer Branche kommen zu einem Frühstück oder einem Stammtisch zusammen, um sich über aktuelle Fragen der Aus- und Weiterbildung auszutauschen.

Maßnahme: Ausbilderwerkstatt für Ausbilder etablieren

Die IHK Berlin wird die in 2013 als Pilotprojekt gestartete Workshop-Reihe "Ausbilderwerkstatt" etablieren und weiter ausbauen. Die Ausbilderwerkstatt ist ein spezielles Qualifizierungspaket für Ausbilderinnen und Ausbilder und ausbildende Fachkräfte an, die bereits über praktische Erfahrung verfügen.

Ziel: Ausbildungsreife durch Steigerung der Schulqualität sicherstellen
--

Maßnahme: Schulinspektionen intensivieren

Die IHK Berlin wird durch eine größere Beteiligung der Wirtschaft (Ziel: 10 Prozent der Vollversammlungsmitglieder) an Schulinspektionen die Qualität der Schulen erhöhen.

Maßnahme: Mehr Wirtschaftswissen in Schulen

Die IHK Berlin wird allen Schulen der Sekundarstufe II den Online-Test „Handelsblatt macht Schule“ mit kostenfreiem Lehrmaterial (inkl. IHK-Bescheinigung) zur Verfügung stellen, um das Wirtschaftswissen in Schulen zu stärken.

Maßnahme: Lehrerpraktika

Die IHK Berlin wird im Rahmen des Projektes Partnerschaft Schule- Betrieb anerkannte Lehrerfortbildungen anbieten, in denen Wissen über Wirtschaft (z. B. ihre Anforderungen und Erwartungen) und Praktika vermittelt werden, mit dem Lehrer die Berufsorientierung von Schülern unterstützen können.

Forderung: Vorschulpflicht einführen

Die IHK Berlin wird von der Politik die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres fordern, um das Vorbildungsniveau der Kinder bis Schulbeginn anzugleichen.

Forderung: Schulqualität steigern

Die IHK Berlin wird von der Politik und im Landesschulbeirat (LSB) eine Steigerung der Schulqualität fordern, z.B. durch eine bessere individuelle Förderung von sowohl leistungsschwächeren als auch leistungsstärkeren Schülern.

Forderung: Sprachförderung stärken

Die IHK Berlin wird die Erhöhung der Wochenstundenzahlen für Sprachförderung für Kinder mit – aber auch ohne Migrationshintergrund – fordern sowie Sprachstandsfeststellungen bereits für Dreijährige, um die Startchancen zu Schulbeginn zu verbessern.

Ziel: MINT-Bildung in Kita und Schule ausbauen

Maßnahme: Haus der kleinen Forscher-Netzwerk ausbauen

Dazu wird die IHK Berlin den Ausbau des Haus der kleinen Forscher-Netzwerkes für Kita und Grundschulen vornehmen, so dass mehr als jede zweite Kita und Grundschulen Teil des Projektes werden.

Maßnahme: MINT-Interesse von Schülerinnen und Schülern erhöhen

Die IHK Berlin wird die naturwissenschaftlichen Kompetenzen und das Interesse an MINT-Fächern von Schülerinnen und Schülern allg. Schulen stärken. Hierzu wird in Kooperation mit den Arbeitsagenturen für die Klassen 9 und 10 der Tag der Technik angeboten sowie die MINT-Plattform „tecnopedia“ gestärkt.

Forderung: Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung

Die IHK Berlin wird von der Politik fordern, die akademische Erzieher- bzw. Erzieherinnenausbildung als einen gleichberechtigten Ausbildungsweg zum Erzieherberuf zu etablieren, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Ziel: Bessere Integration durch Bildung erreichen
--

Maßnahme: Integration unterstützen

Dazu wird die IHK Berlin in Abstimmung mit dem IHK-Ehrenamt, insbesondere der Arbeitsgruppe der Unternehmerinnen und Unternehmer ausländischer Herkunft, Vorschläge für eine bessere Integration bildungsferner Schichten in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft erarbeiten und im Austausch mit allen Beteiligten darauf hinwirken, dass Bildung als Schlüssel zu mehr Integration und besserer Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt Priorität erhält.

Maßnahme: Jugendlichen mit Migrationshintergrund gezielt für Berufsbildung interessieren

Die IHK Berlin wird die zielgruppenspezifische Ansprache von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausbauen und verstetigen. Durch regelmäßig stattfindende Veranstaltungen wird für die duale Berufsausbildung geworben.

Maßnahme: Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ausbauen

Die IHK Berlin wird die Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in IHK-Berufen durch geeignete Aktivitäten und Maßnahmen zielgruppengerecht ausrichten und ausbauen.

Maßnahme: Umsetzung des Berliner Anerkennungsgesetzes begleiten

Nach Inkrafttreten eines Anerkennungsgesetzes für Berliner landesrechtlich geregelte Berufe wird die IHK Berlin die Umsetzung des Gesetzes begleiten.

Forderung: Integrationspolitik zielgerichtet gestalten

Die IHK Berlin wird die Gestaltung der Integrationspolitik verstärkt nach dem Prinzip "Fördern & Fordern" empfehlen, z.B. durch verpflichtende Teilnahme an zielgruppenspezifischen Arbeitsmarktprogrammen wie etwa Sprachförderung oder berufliche Qualifizierung.

Forderung: Berliner Anerkennungsgesetz zielgruppengerecht vermarkten

Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass über die Möglichkeiten einer Anerkennung ausländischer Abschlüsse der auf Landes- und auf Bundesebene geregelten Berufe zielgruppengerecht und öffentlichkeitswirksam informiert wird.

Ziel: Allen Jugendlichen ein passgenaues Angebot zur Ausbildung oder Qualifizierung machen - Übergang von Schule in Ausbildung erfolgreich gestalten

Maßnahme: Tage der Berufsausbildung ausbauen

Die IHK Berlin wird am 11. und 12. Juni 2014 wieder in Kooperation mit der vocatium die Ausbildungsmesse Tage der Berufsausbildung veranstalten, um Unternehmen noch stärker bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen zu unterstützen.

Maßnahme: Passgenaue Vermittlung als Marke etablieren

Mit der Passgenaue Vermittlung wird die IHK Berlin Unternehmen dabei unterstützen, freie Ausbildungsplätze mit den passenden Bewerbern zu besetzen. Für Studienabbrecher werden verkürzte Ausbildungsgänge angeboten.

Maßnahme: Unternehmen beim Ausbildungsmarketing unterstützen

Die IHK Berlin wird Unternehmen gezielt beim Ausbildungsmarketing unterstützen, um geeignete Wege zur Azubiakquise darzustellen.

Maßnahme: Berliner Berufseinstiegsbegleiter schulen

Die Berliner Berufseinstiegsbegleiter der Arbeitsagenturen sind persönliche Begleiter von Jugendlichen mit Förderbedarf, um sie an der Schwelle von Schule in Ausbildung zu begleiten. Die IHK Berlin wird die Berufseinstiegsbegleiter über die Angebote der Berufsorientierung sowie der Vermittlung in Ausbildung informieren.

Maßnahme: Last-minute Börse für Ausbildungsplätze ausweiten

Gemeinsam mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg wird die IHK Berlin im September 2014 eine Last-minute Börse für Ausbildungsplätze veranstalten, um Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre nach Ausbildungsbeginn noch oder wieder freien Ausbildungsplätze zu besetzen.

Maßnahme: Zusatzqualifikationen für Leistungsstarke ausbauen

Die duale Berufsausbildung braucht alle jungen Menschen, auch die Leistungsstarken. Daher sollen Zusatzqualifikationen für eine Vielzahl von Berufen entwickelt werden, die für Leistungsstarke, wie z.B. Abiturienten, eine duale Ausbildung attraktiver gestalten sollen.

Maßnahme: Leistungsschwächeren mit einer Einstiegsqualifizierung den Berufseinstieg ermöglichen

Die IHK Berlin wird mit der EQ-Offensive Unternehmen dabei unterstützen, noch nicht ausbildungsreife Jugendliche auf eine betriebliche Ausbildung vorzubereiten.

Maßnahme: Zukunftsprogramm Berliner-Brandenburg in der Umsetzung unterstützen

Die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg hat mit dem "Zukunftsprogramm" erstmalig ein umfassendes Reformkonzept initiiert. Die Politik muss dieses zur "Chefsache" machen. Die IHK Berlin wird ihren Beitrag leisten, die in den Arbeitsgruppen "Jugend in Arbeit" und "Langzeitarbeitslosigkeit" konzipierten Maßnahmen umzusetzen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu senken.

Forderung: Gründung einer Jugendberufsagentur begleiten

Kein Jugendlicher darf verloren gehen. Ziel der Gründung einer Jugendberufsagentur ist daher, alle Leistungen für Jugendliche "aus einer Hand" anzubieten. Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Aspekte Übergang Schule-Beruf, Ausbildung, Beschäftigung, Unterstützungsleistungen oder Bildungsangebote in den Reformprozess mit einbezogen werden.

Ziel: Qualität des Berufsschulunterrichts durch Berufsschulreform verbessern

Maßnahme: Dialog zwischen Betrieb und Berufsschule verbessern

Die IHK wird den Dialog zwischen Betrieben und Berufsschulen systematisch moderieren, z. B. über OSZ-Leitertreffen, Ausbilderarbeitskreise, Vermittlung bei Beschwerden und Förderung von Schlichtungsverfahren.

Forderung: System beruflicher Schulen reformieren

Die IHK Berlin wird von der Politik fordern, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform des Berliner Berufsschulsystems weiter voranzutreiben und sich dabei am „Hamburger“ Vorbild zu orientieren.

Ziel: Betriebliche Aus- und Weiterbildung attraktiver gestalten

Maßnahme: Karrierewege aufzeigen

Die IHK Berlin bewirbt verstärkt die beruflichen Karrieremöglichkeiten, weist branchenbezogen attraktive Karrierewege aus und informiert über Unterstützungsstrukturen des beruflichen Bildungsweges.

Maßnahme: Kombimodelle umsetzen

Die IHK Berlin fördert den Ausbau von beruflichen Kombimodellen, z.B. für das Hotel- und Gastgewerbe, in denen Aus- und Weiterbildungsgänge stärker miteinander verzahnt werden.

Maßnahme: Dozentenkonferenz durchführen

Die IHK Berlin wird eine Dozentenkonferenz durchführen und damit die hohe Qualität der Marke „IHK. Die Weiterbildung“ sichern und weiter verbessern.

Maßnahme: Meisterfeier organisieren

Die IHK Berlin wird eine Meisterfeier der Berliner Wirtschaft mit der Handwerkskammer durchführen.

Maßnahme: Aus- und Weiterbildungsangebote für neue Berufsbilder in der Gesundheitswirtschaft entwickeln

Die IHK Berlin wird sich für die Schaffung passender Aus- und Weiterbildungsangebote in der Gesundheitswirtschaft einsetzen und dazu im Dialog mit Unternehmen der Gesundheitswirtschaft und Experten aus Wissenschaft und Politik konkrete Empfehlungen erarbeiten. Dabei stehen insbesondere die Berufsbilder für Kranken- und Altenpflege im Fokus. Wegen des demografischen Wandels und des medizinisch-technologischen Fortschritts zeichnen sich diese Berufsbilder durch laufend verändernde Qualifikationsanforderungen aus.

Maßnahme: Ehrung der besten Aus- und Weiterbildungsabsolventen

Die IHK Berlin wird jedes Jahr die besten Berliner Auszubildenden sowie die besten Weiterbildungsabsolventen ehren.

Maßnahme: Beste Ausbildungsbetriebe ehren

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit der Handwerkskammer die besten Berliner Ausbildungsbetriebe ehren. Zur Auswahl der besten Betriebe wird eine Jury aus Vertretern von IHK-Ehrenamt, Handwerkskammer, Medien und Politik eingerichtet.

Ziel: Bildungssystem durchlässiger gestalten

Maßnahme: Externenprüfung bewerben

Die IHK Berlin wird Möglichkeiten bewerben, in das berufliche Bildungssystem auch mit einem individuellen Lebenslauf einzusteigen, wie z. B. über die Externenprüfung.

Maßnahme: Durchlässigkeit von dualer und akademischer Ausbildung verbessern

Die IHK Berlin hat das Ziel, geregelte Zugänge für beruflich Qualifizierte zu akademischen Studienangeboten zu schaffen. Dazu wird sie in Kooperation mit Berliner Hochschulen zwei Modelle entwickeln, die den Zugang zum Bachelor Studium für IHK-Fachwirte und den Zugang zum Master Studium für IHK Betriebswirte möglich macht.

Maßnahme: Studienabbruch zur Chance wenden

Die IHK Berlin wird im Rahmen des Projektes Your Turn Unternehmen akquirieren und Studienabbrecher beraten und, um deren Einstieg in den beruflichen Bildungsweg zu unterstützen und für Unternehmen eine neue Zielgruppe zu erschließen. Für 2014 neu geplanter Ausbildungsgang: Kaufleute für Groß- und Außenhandel.

Ziel: Zielführende Weiterbildungskultur etablieren

Maßnahme: Passgenaue Weiterbildungsprodukte

Die IHK Berlin wird Unternehmen und Arbeitnehmern passgenaue Produkte zur Weiterbildung anbieten: Dazu wird sie mit Lehrgängen, Seminaren und Firmentrainings bedarfsgerecht auf die Anforderungen aus den Unternehmen reagieren. Mehr als 3.000 Fachkräfte werden IHK-Weiterbildungsangebote wahrnehmen.

Maßnahme: Weiterbildungsbewusstsein bei Fachkräften stärken

Die IHK Berlin wird die in 2013 gestartete Marketingaktion „Mit Bildung nehmen Sie jede Hürde“ in 2014 fortführen. Ziel ist es, von der Wirtschaft stark nachgefragte Fortbildungsabschlüsse in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und für das Thema Weiterbildung zu sensibilisieren um insgesamt ein größeres Weiterbildungsbewusstsein bei Fachkräften zu etablieren.

Maßnahme: Weiterbildungsbewusstsein bei Unternehmen stärken

Die IHK Berlin wird vorbildliches Engagement in der Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter im Rahmen der Bestenehrung und der gemeinsamen Meisterfeier von IHK Berlin und Handwerkskammer Berlin öffentlichkeitswirksam vermarkten.

Maßnahme: Qualifizierungsberatung für Unternehmen anbieten

Die IHK Berlin bietet als Serviceleistung für Unternehmen eine kompetente unternehmensbezogene Qualifizierungsberatung an. Sie berät dabei neutral und bezieht eigene sowie die Angebote anderer Bildungsdienstleister mit ein.

Maßnahme: Weiterbildungskampagne durchführen

Die IHK Berlin wird die in 2013 gestartete Weiterbildungskampagne fortführen, um bei Unternehmen und Fachkräften für ein besseres Weiterbildungsbewusstsein zu werben.

Ziel: Umfassende und systematische Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen etablieren

Maßnahme: Weitere Schulpartnerschaften herstellen

Die IHK Berlin engagiert sich dafür, dass alle Sekundarschulen und Gymnasien Unternehmen als Partner erhalten.

Maßnahme: Praktika einwerben und Qualitätsoffensive für Praktika durchführen

Die IHK Berlin wird Schülerpraktikums Plätze einwerben und bietet durch ein kostenloser Internet-Service umfassend Informationen zum Thema Praktikum. Kernstück des Portals ist die Praktikumsbörse, in die Unternehmen ihre Angebote für Schüler-, Studenten- und Lehrerpraktika einstellen können.

Maßnahme: IHK-Berufsorientierungsportal einführen

Durch das Portal sollen die Berufsorientierungsangebote der IHK Berlin optimiert, miteinander verzahnt und besser sichtbar gemacht werden.

Maßnahme: Berufswahlsiegel einführen

Berliner Schulen können sich für ihr besonderes und vorbildliches Engagement zur Berufs- und Studienorientierung mit dem Berufswahlsiegel auszeichnen lassen. Das Berufswahlsiegel wird von einem Konsortium unter anderem der IHK Berlin vergeben.

Forderung: Durchgängige Berufs- und Studienorientierung etablieren

Die IHK Berlin unterstützt Maßnahmen, um eine durchgängige Berufsorientierung (BO) an den Schulen von Klasse 7 bis zum Übergang in den Beruf zu etablieren. Neben Projekten im Rahmen der Berufsorientierung spielt der Erwerb von (sozialen) Kompetenzen, die im späteren Berufsleben benötigt werden, eine Rolle.

Forderung: Erstellung eines Landeskonzeptes Studien- und Berufsorientierung

Mit der Erstellung eines Landeskonzeptes Studien- und Berufsorientierung werden den Schulen Wege zur Umsetzung der Angebote zur Berufsorientierung vorgegeben. Wir fordern eine systematische Umsetzung der Konzepte in Schulen.

Forderung: Mindeststandards in der Berufsorientierung umsetzen

Die IHK Berlin wird im Landesausschuss für berufliche Bildung (LAB) die Umsetzung der Mindeststandards in der Berufsorientierung in allen Schulen fordern.

Ziel: Anzahl der Ausbildungsbetriebe erhöhen

Maßnahme: Aus- und Weiterbildungsangebote für neue Berufsbilder in der Gesundheitswirtschaft entwickeln

Die IHK Berlin wird sich für die Schaffung passender Aus- und Weiterbildungsangebote in der Gesundheitswirtschaft einsetzen und dazu im Dialog mit Unternehmen der Gesundheitswirtschaft und Experten aus Wissenschaft und Politik konkrete Empfehlungen erarbeiten. Dabei stehen insbesondere die Berufsbilder für Kranken- und Altenpflege im Fokus. Wegen des demografischen Wandels und des medizinisch-technologischen Fortschritts zeichnen sich diese Berufsbilder durch laufend verändernde Qualifikationsanforderungen aus.

Maßnahme: Ausbildung in der Immobilienwirtschaft stärken

Die Jobperspektiven in der Immobilienbranche werden immer besser und gut ausgebildetes Personal immer wichtiger. Die Nachfrage ist groß und die Perspektiven dieses Berufes sind mit kaum einem anderen kaufmännischen Beruf vergleichbar. Die IHK Berlin plant deshalb eine Veranstaltung, die es Unternehmen ermöglicht sich z.B. zu best practice Beispielen in der Akquise von Auszubildenden, zu den Möglichkeiten in der Verbundausbildung und grundsätzlich zum Thema Ausbildung in der Immobilienbranche auszutauschen.

Maßnahme: Aus- und Weiterbildung im Verkehrsgewerbe ausbauen

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit den Verbänden des Verkehrsgewerbes und dem Clustermanagement mit Veranstaltungen und Informationen für mehr Aus- und Weiterbildung im Verkehrsgewerbe werben.

Maßnahme: Aus- und Weiterbildungsangebote mit Start-ups neu entwickeln

Um den Bedarfen von Start-ups zur Fachkräftesicherung in den Kernbereichen der Aus- und Weiterbildung besser gerecht zu werden, wird die IHK gemeinsam mit Start-ups Konzepte entwickeln zur Durchführung betrieblicher Ausbildungsgänge (Stichwort: Verbundausbildung) sowie für die Schaffung unternehmens- und branchenspezifischer Weiterbildungsangebote.

Maßnahme: KMU bei der Verbundausbildung unterstützen

Die IHK Berlin wird kleine und mittlere Unternehmen gezielt bei der Ausbildung im Verbund unterstützen, um so noch mehr Unternehmen für die eigene Ausbildung zu gewinnen.

Ziel: Berufsbildungsexport fördern

Maßnahme: Ausländische Delegationen zum dualen System beraten

Die IHK Berlin wird Delegationen aus dem Ausland zu Themen der dualen Ausbildung beraten, um eine Entwicklung dualer Ausbildungssysteme vor allem in Europa zu unterstützen und damit zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Stabilisierung der Wirtschaftsräume in Europa beizutragen.

Maßnahme: Unternehmen bei der Sicherung ihres Fachkräftebedarfes im und aus dem Ausland unterstützen

Die IHK Berlin wird den Bedarf der Unternehmen erfassen und Berufsbildungsexportleistungen anbieten, um die Fachkräftesicherung vor Ort zu sichern, einen Zuwanderungspuffer zu etablieren und den europäischen Abkommen zur Unterstützung im Aufbau des dualen Systems nachzukommen.

Ziel: Neue Regelungen beim Berufszugang wirtschaftsfreundlich umsetzen

Maßnahme: Regelungen beim Berufszugang kritisch begleiten

Damit neue Berufszugangsregeln unternehmensfreundlich und praxisnah umgesetzt werden, bringt die IHK Berlin die Interessen der Berliner Wirtschaft in verschiedenen Gremien der IHK-Organisation in den politischen Entscheidungsprozess ein.

Ziel: Qualifizierte Organisation und Durchführung für Sachkundenachweise sicherstellen.
--

Maßnahme: Prüferqualität sicherstellen

Die IHK Berlin wird laufend Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der hohen Qualität der Prüfer durchführen. Dazu gehören die sorgfältige Akquise und Auswahl unserer Prüfer, Prüferworkshops für die Abnahme der mündlichen Prüfung und das Erarbeiten von mündlichen Prüfungsfragen oder Vorgaben für fachliche, soziale und methodische Kompetenzen.

Maßnahme: Angebot an Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen

Die IHK Berlin wird weiterhin ein umfangreiches Angebot an Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen für die Berliner Wirtschaft zur Verfügung stellen. Dazu gehören beispielsweise: Unterrichtung im Bewachungsgewerbe (600 Teilnehmer), Gaststättenunterrichtung (1.400 Teilnehmer), Unterrichtung Aufsteller von Spielautomaten (100 Teilnehmer), Sachkundeprüfungen für Berufskraftfahrer (1.000 Teilnehmer), Bewachungsgewerbe (1.650 Teilnehmer), Finanzanlagenvermittler (400 Teilnehmer), Versicherungsvermittler (500 Teilnehmer), Sachkenntnisprüfung für freiverkäufliche Arzneimittel (600 Teilnehmer), Fachkundeprüfungen Gefahrgutbeauftragte (50 Teilnehmer), Gefahrgutfahrer (2.050 Teilnehmer), Güterkraftverkehr (60 Teilnehmer), Handel mit Waffen (50 Teilnehmer), Krankentransport (15 Teilnehmer), Omnibusverkehr (15 Teilnehmer), Taxi-/Mietwagenverkehr (430 Teilnehmer).

Aktionsfeld: Wissenschaft und Technologietransfer

Ziele im Überblick

Funktionierende Netzwerke

Ziel: Effektive Strukturen für die Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen schaffen

Ziel: Auf bedarfsgerechte Ausgestaltung der Innovationsförderung / Finanzierungshilfen für Hightech-Unternehmen hinwirken

Ziel: Berliner Zukunftsorte weiter profilieren, Potenzialstandorte nicht vernachlässigen

Ziel: Technologieorientierte und wissensbasierte Ausgründungen promoten

Ziel: Industrielle Basis weiter stärken

Ziel: Industriepolitische Initiativen weiterentwickeln und unternehmensorientiert ergänzen

Innovationsfähigkeit

Ziel: Absolventen der Hochschulen für die Berliner Wirtschaft begeistern und gewinnen

Ziel: Forschungs- und Entwicklungsleistungen transparent machen und „Kommunikation“ zwischen Wissenschaft und KMU erleichtern

Ziel: Innovationsmanagement in der Unternehmensstrategie fest verankern

Unternehmerisches Denken an Hochschulen

Ziel: Exzellenz der Hochschulen langfristig sichern

Ziel: Autonomie der außeruniversitären Forschungseinrichtungen erhöhen

Funktionierende Netzwerke

Ziel: Effektive Strukturen für die Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen schaffen

Maßnahme: Akteure des Berliner Wissens- und Technologietransfers vernetzen

Die IHK Berlin wird auf der Grundlage der digitalen Kooperationsplattform die Kommunikation mit den Akteuren des Berliner Wissens- und Technologietransfers intensivieren, sie dazu einladen, ihre Leistungen über die neue digitale Kooperationsplattform zu kommunizieren und so mehr Transparenz hinsichtlich der Angebote am Standort schaffen, Schnittstellen identifizieren und die Zusammenarbeit verbessern.

Maßnahme: Aktionsbündnis Transfer-Allianz aktivieren

Die IHK Berlin wird sich gemeinsam mit der in ihrer Expertise gestärkten Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH und den weiteren Mitgliedern des Bündnisses für eine intensive Zusammenarbeit und in der Stadt spürbare Ergebnisse in Form erfolgreicher Transfer-Projekte einsetzen.

Ziel: Auf bedarfsgerechte Ausgestaltung der Innovationsförderung / Finanzierungshilfen für Hightech-Unternehmen hinwirken

Maßnahme: Finanzierungsmöglichkeiten für Hightech-Unternehmen kommunizieren

Die IHK Berlin wird die Möglichkeiten und Grenzen verschiedener Finanzierungsalternativen für Hightech-Unternehmen mit Vertretern der jeweiligen Finanzinstitute diskutieren und die Ergebnisse dieser Diskussion als Information für innovative Unternehmen aufarbeiten.

Forderung: Steuerliche Forschungsförderung etablieren

Die IHK Berlin wird sich gemeinsam mit Partnern dafür einsetzen, dass die steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen neben der Projektförderung einen unbürokratischen Anreiz setzt, die eigene Innovationstätigkeit zu intensivieren.

Ziel: Berliner Zukunftsorte weiter profilieren, Potenzialstandorte nicht vernachlässigen

Maßnahme: Entwicklungspotentiale der Zukunftsorte erschließen

Die IHK Berlin wird sich auf der Grundlage ihres Positionspapiers „Wirtschaft und Wissen: Berliner Industrie- und Innovationsstandorte“ weiter insbesondere für die Entwicklung der Standorte einsetzen, bei denen aus der engen räumlichen Nähe von Wirtschaft und Wissenschaft besondere Potentiale für die Entwicklung resultieren (Adlershof, Buch, City West) oder künftig resultieren werden (Tegel).

Maßnahme: Maßnahmenkataloge für Potenzialstandorte ausarbeiten

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit den ansässigen Unternehmen und Institutionen auch unter Berücksichtigung von Stadtentwicklungsthemen für die industrie- oder wissenschaftsgeprägten Potenzialstandorte konkrete Maßnahmenkataloge erarbeiten, denn diese Gebiete sind ebenfalls von großer Bedeutung für die Entwicklung zentraler Berliner Wirtschaftszweige und die Wertschöpfung am Standort.

Forderung: Ressourcen auf die Entwicklung der Zukunftsorte richten

Die IHK Berlin fordert, dass angesichts der Restriktionen des Landeshaushalts finanzielle und auch personelle Ressourcen seitens des Landes vorrangig auf die Entwicklung und Weiterentwicklung der Zukunftsorte gerichtet werden. Dies darf jedoch nicht zulasten der allgemeinen Wirtschaftsförderung und Bestandspflege gehen.

Forderung: Maßnahmenkataloge für Potenzialstandorte umsetzen

Die IHK fordert, dass Senat und Bezirke auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Potenzialstandorte fokussiert vorgehen und die Maßnahmen umsetzen, die aus Sicht der Unternehmen und Institutionen am drängendsten sind.

Ziel: Technologieorientierte und wissensbasierte Ausgründungen promoten
--

Maßnahme: Ausgründer aus der Wissenschaft unterstützen

Die IHK Berlin wird zusammen mit den Gründerservices und Technologietransferstellen der Hochschulen Veranstaltungen und Begegnungsformate entwickeln, die die verschiedenen Hochschulakteure über spezielle IHK-Services zur Existenzgründung, Unternehmensführung sowie Förderung und Finanzierung regelmäßig vor Ort informieren werden.

Maßnahme: Ausgründer mit erfahrenen Unternehmerpersönlichkeiten vernetzen

Die IHK Berlin wird Formate entwickeln, um innovative Start-up-Unternehmer aus den Hochschulen mit erfahrenen Unternehmerpersönlichkeiten zu vernetzen, um dadurch für beide Seiten fruchtbare Verbindungen entstehen zu lassen. Damit wird die Arbeit der hochschulischen Gründerservices sinnvoll ergänzt und ein Vorschlag der avisierten Berliner „Delivery Unit“ für Gründer umgesetzt.

Forderung: Umsetzung der formulierten Handlungsempfehlungen einfordern

Zur Intensivierung dieser Form des Wissens- und Technologietransfers fordert die IHK Berlin die Umsetzung der von ihr formulierten Handlungsempfehlungen zur Förderung des Ausgründungsgeschehens an den Berliner Hochschulen.

Ziel: Industrielle Basis weiter stärken
--

Maßnahme: Industrielle Kerne in der Clusterpolitik sichtbar machen

Die IHK Berlin wird die Chancen und Herausforderungen für die Berliner Industrie in den Clustern identifizieren und einen Handlungskatalog für das Clustermanagement erarbeiten.

Maßnahme: Industrie in ressortübergreifenden Zukunftsstrategien verankern

Die IHK Berlin wird sich weiter dafür engagieren, die Industrie als wichtiges Element für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Zukunftsstrategien wie z. B. dem Smart-Cities-Konzept oder dem StEK 2030 zu positionieren.

Maßnahme: Datenbasis der Industrie verbessern

Die IHK Berlin wird durch Entwicklung eines Branchenspiegels die Datenbasis und Informationslage zur Berliner Industrie verbessern.

Maßnahme: Brancheninterne Vernetzung zu Zukunftsherausforderungen fördern

Die durch die Digitalisierung entstehenden grundlegenden Veränderungen, beispielsweise durch neue intelligente Produktionsformen, erfordern einen stärkeren Austausch der Industrieunternehmen untereinander sowie eine höhere Vernetzung mit Unternehmen anderer Branchen, insbesondere der IKT. Die IHK Berlin wird diesen Austausch und diese Vernetzung für interessierte Unternehmen initiieren und koordinieren.

Maßnahme: Industrieunternehmen gezielt über Angebote am Standort informieren

Die IHK Berlin wird als Trendscout aktuell drängende oder zukünftig relevante Themen wie z. B. Industrie 4.0 oder IT-Sicherheit in ihrer Entwicklung begleiten und in Veranstaltungen und weiteren Kommunikationsformaten für die Berliner Industrieunternehmen aufbereiten.

Maßnahme: Industriestandort Berlin weiter intensiv vermarkten

Die IHK Berlin wird über alle ihr zur Verfügung stehenden Kanäle die Stärkung der Akzeptanz der Industrie in Berlin und die hohe Attraktivität Berlins als Industriestandort national und international kommunizieren. Darüber hinaus wird sie die Fortführung der Industriekampagne, die Initiative „Lange Nacht der Industrie“ sowie weitere Aktivitäten gemeinsam mit den industriepolitischen Partnern vorantreiben.

Forderung: Industrie stärker in der Berliner Clusterpolitik verankern

Die IHK Berlin fordert, dass die Clustermaßnahmen die industriellen Bedarfe in höherem Maße aufgreifen und so die Industrie als Clusterkern stärken.

Forderung: Bedeutung der Industrie für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins herausstellen

Die IHK Berlin fordert, dass die Bedeutung der Industrie als Keimzelle für weitere Arbeitsplätze in Dienstleistungen, als Querschnittsbranche für die Entwicklung von Zukunftslösungen beispielsweise bei der Energiewende und damit für die Entwicklung der Stadt insgesamt stärker in den Blickpunkt gerückt wird.

Ziel: Industriepolitische Initiativen weiterentwickeln und unternehmensorientiert ergänzen

Maßnahme: Masterplan Industriestadt Berlin 2010-2020 zu konkreten Ergebnissen führen

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit den industriepolitischen Partnern den neuausgerichteten Masterplan Industrie mit konkreten Projekten unterfüttern, die die Berliner Industrieunternehmen wirksam unterstützen und die Attraktivität des Standortes für Neuansiedlungen verbessern.

Maßnahme: Leuchtturmprojekte im Rahmen des SKIP umsetzen

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit den Partnern des Steuerungskreises Industriepolitik ressortübergreifende Leuchtturmprojekte, insbesondere in den Bereichen Fachkräftesicherung, Wissenstransfer und Vermarktung des Industriestandorts Berlin, weiter umsetzen.

Forderung: Prozesse und Gremien in der Industriepolitik besser abstimmen

Die IHK Berlin fordert eine bessere Abstimmung der laufenden Prozesse in der Industriepolitik sowie der bestehenden Gremien. Ineffiziente Doppelstrukturen sind zu vermeiden.

Forderung: Für stärkere Praxisorientierung der industriepolitischen Maßnahmen eintreten

Die IHK Berlin fordert, dass alle industriepolitischen Maßnahmen konsequent auf ihren Nutzen für die Berliner Industrieunternehmen und die Entwicklung des Industriestandortes Berlin ausgerichtet sowie einer kontinuierlichen Praxisüberprüfung unterzogen werden.

Innovationsfähigkeit

Ziel: Absolventen der Hochschulen für die Berliner Wirtschaft begeistern und gewinnen

Maßnahme: Mittelständische Unternehmen dabei unterstützen, sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren

Die IHK Berlin wird ihr Engagement für mittelständische Unternehmen insbesondere im Rahmen der Job Recruitment Initiative Medizintechnik fortsetzen. Dabei kommt dem Austausch der Unternehmen zu Themen wie Steigerung und Kommunikation der Arbeitgeberattraktivität, Wege zur Ansprache ausländischer Fachkräfte oder Mitarbeiterbindung besondere Bedeutung zu. Daneben wird die IHK Berlin mit den Partnern der Initiative weiterhin gezielt mit Berliner Hochschulen gemeinsame Veranstaltungen organisieren, bei denen sich die Unternehmen als Arbeitgeber gegenüber Studierenden präsentieren können.

Maßnahme: Pilotprojekt Duales Studium mit der Beuth-Hochschule ausarbeiten

Die IHK Berlin wird den Forderungen der Berliner Wirtschaft nach dem Angebot eines ausbildungsintegrierenden Dualen Studiums nachkommen und gemeinsam mit der Beuth Hochschule für Technik ein entsprechendes Angebot ausarbeiten.

Maßnahme: Initiative "Praktikum in der Berliner Wirtschaft" starten

Um insbesondere kleinere Unternehmen als attraktive Arbeitgeber stärker ins Blickfeld der Studierenden zu rücken, wird die IHK Berlin die Initiative „Praktikum in der Berliner Wirtschaft“ starten. Die teilnehmenden Unternehmen verpflichten sich gemeinsam erarbeitete Qualitätsstandards im Rahmen der Praktika einzuhalten. Die IHK Berlin wird das Angebot dieser Unternehmen gegenüber Hochschulen und Schulen kommunizieren und mit Netzwerkveranstaltungen begleiten.

Ziel: Forschungs- und Entwicklungsleistungen transparent machen und „Kommunikation“ zwischen Wissenschaft und KMU erleichtern
--

Maßnahme: Digitale Kooperationsplattform an den Start bringen

Mit Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie und der Handwerkskammer wird die IHK Berlin eine Online-Plattform bereitstellen, die zu mehr Durchblick verhilft bei der Frage, wo in Berlin Kooperationsangebote im Forschungs- und Entwicklungsbereich von Wissenschaft und Wirtschaft zu finden sind. Dies schafft Transparenz und trägt dazu bei, dass sich die Kooperationspartner in Wissenschaft und Wirtschaft leichter finden. Zudem wird das Netzwerk zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie innovativer Unternehmen untereinander enger geknüpft.

Maßnahme: Formate der Begegnung schaffen, Best Practices kommunizieren

Frei nach dem Motto „Immer mit gutem Beispiel voran!“ wird die IHK Berlin das digitale Angebot durch Veranstaltungen mit neuen Formaten begleiten, Einblicke in Forschung und Entwicklung an den vielfältigen Forschungsstandorten ermöglichen und durch Best Practices Wege eines erfolgreichen Wissens- und Technologietransfers aufzeigen.

Ziel: Innovationsmanagement in der Unternehmensstrategie fest verankern
--

Maßnahme: Informationsangebot zu gewerblichen Schutzrechten ausbauen

Die IHK Berlin wird die im Jahr 2013 eingeführte monatliche Sprechstunde zu gewerblichen Schutzrechten zusätzlich mit vertiefenden Informationsveranstaltungen zu spezifischen Fragestellungen aus dem Bereich Schutzrechte begleiten.

Maßnahme: Durch Product Compliance Erfolg von Innovationen absichern

Die IHK Berlin wird mit einer Informationsveranstaltung zu Kennzeichnungspflichten von neuen Produkten und diesbezüglichen Anforderungen auf Absatzmärkten ein weiteres Feld aufgreifen, das für eine qualitativ hochwertige Produktion und erfolgreiche Markteinführung innovativer Produkte grundlegend ist.

Maßnahme: Business Excellence in der Region identifizieren

Die IHK Berlin wird sich gemeinsam mit der Handwerkskammer und weiteren Partnern der Qualitätsinitiative Berlin-Brandenburg für einen Wettbewerb für Business-Excellence einsetzen, der gute Beispiele in der Region identifiziert, Akteure vernetzt und weitere Unternehmen animiert, ihren unternehmerischen Erfolg mit wirkungsvollen Qualitätsmanagementsystemen abzusichern.

Maßnahme: Fachkräftebasis für Innovationen sichern

Die IHK Berlin wird mit einer Unternehmensbesuchsreihe die Preisträger des Wettbewerbs „Potenzial Mitarbeiter – Unternehmen machen Zukunft“ aus dem Jahr 2013 vorstellen und ihre ausgezeichneten Konzepte für eine moderne, mitarbeiterorientierte Unternehmenskultur als Basis für unternehmerischen Erfolg als Best Practices kommunizieren.

Unternehmerisches Denken an Hochschulen

Ziel: Exzellenz der Hochschulen langfristig sichern

Forderung: Vorschläge zur Sicherung der Exzellenz der Berliner Hochschule entwickeln

Die IHK Berlin wird mit Experten aus der Wissenschaftspolitik, Hochschul- und Unternehmensvertretern Vorschläge zur Sicherung der Exzellenz der Berliner Hochschulen für die Zeit nach Auslaufen der Exzellenzinitiative diskutieren und auf dieser Grundlage eine Position entwickeln.

Ziel: Autonomie der außeruniversitären Forschungseinrichtungen erhöhen

Maßnahme: Maßnahmenkatalog für mehr Handlungsspielräume für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Berlin erarbeiten

In Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Berlin wird die IHK Berlin einen Katalog von Maßnahmen erarbeiten, mittels derer neben dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz auch die im Rahmen der Wissenschaftsfreiheitsinitiative erhobenen Forderungen umgesetzt werden können.

Forderung: Wissenschaftsfreiheitsgesetz umsetzen

Um den außeruniversitären Forschungseinrichtungen größere Autonomie einzuräumen und schnellere Reaktions- und Steuerungsfähigkeit zu ermöglichen fordert die IHK Berlin weiter, das im Oktober 2012 von Bundestag beschlossene „Gesetz zur Flexibilisierung von haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen“ in Berlin umgehend umzusetzen und darüber hinaus für die außeruniversitären Forschungsinstitute größere Freiheitsgrade im Sinne der Wissenschaftsfreiheitsinitiative schaffen.

Aktionsfeld: Umwelt und Ressourcen

Ziele im Überblick

- Ziel: „Road Map Green Economy“ mit konkreten Projektvorschlägen für Politik und Wirtschaft entwickeln - Berlin als Modellstadt
- Ziel: Modellprojekte zur Green Economy und zum Klimaschutz aus der Unternehmerschaft initiieren und begleiten
- Ziel: Energie- und klimapolitischen Forderungskatalog der Berliner Wirtschaft entwickeln und verwirklichen
- Ziel: Energiepolitische Strategie für Berlin im Schulterschluss mit der Wirtschaft vorantreiben
- Ziel: Zusätzliche Unternehmen für konkrete Energie- und Ressourceneffizienzprojekte gewinnen
- Ziel: Themenspezifische Unterstützungsangebote ausbauen - Politische Rahmenbedingungen optimieren

Ziel: „Road Map Green Economy“ mit konkreten Projektvorschlägen für Politik und Wirtschaft entwickeln - Berlin als Modellstadt

Maßnahme: Handlungsfeldkonferenzen Green Economy durchführen

Die IHK wird die Institutionen der Wirtschaftsförderung bei der Durchführung von Handlungsfeldkonferenzen zum Aufbau einer Clusters Green Economy unterstützen.

Forderung: Cluster Green Economy etablieren

Die IHK fordert, dass ein forschungs- und innovationsstarker Cluster "Green Economy" eingerichtet wird, der auf den Stärken des bisherigen Clusters Energietechnik aufbaut, diesen um wesentliche Handlungsfelder der Green Economy erweitert und dabei insbesondere auf Schnittstellen zu anderen Technologiefeldern achtet.

Ziel: Modellprojekte zur Green Economy und zum Klimaschutz aus der Unternehmerschaft initiieren und begleiten

Maßnahme: Technologische Basis der Green Economy stärken

Die IHK Berlin wird ihre Angebote für Unternehmen der Green Economy weiterentwickeln, sie in ihrem Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens und bei der Stärkung ihrer technologischen Leistungsfähigkeit unterstützen.

Maßnahme: Angebote im Bereich Umwelttechnik erweitern

Die IHK Berlin wird ihre Angebote im Bereich Umwelttechnik, wie die Veranstaltungsreihe „Innovationsmotor Green Economy“ oder den „Tag der Energiewirtschaft“ mit Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie weiter ausbauen und Unternehmen in diesem Bereich eine Plattform bieten. Schwerpunkte der Arbeit sind: Entwicklung umweltschonender Produkte, Transfer von Forschungsergebnissen in der Green Economy in die Praxis sowie Matching von Anbietern und Nachfragern von Umweltinnovationen.

Maßnahme: UMFIS fortführen und ausbauen

Die IHK wird als Sprecherin der Koordinierungsstelle für das IHK-Umweltfirmeninformationssystem UMFIS federführend an der technischen Weiterentwicklung und an der Integration in das E-Government-System der IHK-Organisation mitwirken.

Maßnahme: Best Practices im Umweltschutz hervorheben

Die IHK Berlin wird Best Practices im Umweltschutz/ von Umweltinnovationen in der Stadt offensiv kommunizieren.

Ziel: Energie- und klimapolitischen Forderungskatalog der Berliner Wirtschaft entwickeln und verwirklichen

Maßnahme: Naturschutz für Unternehmen transparent machen

Die IHK wird Unternehmen mit der Umsetzung eines eigenen Kommunikationskonzeptes für biologische Vielfalt sensibilisieren, Handlungsanleitungen des Senats für die Umsetzung seiner Naturschutzpläne transparent machen und Unternehmen besser über die umweltrechtliche Anforderungen bei ihrer Standortwahl informieren. Die IHK Berlin wird sich dabei am fortlaufenden Entwicklungsprozess der Berliner Strategie zur biologischen Vielfalt beteiligen, den Dialog mit der Senatsverwaltung und Unternehmen fortführen und sich für praxisnahe und ökonomische Maßnahmen für die Wirtschaft engagieren.

Maßnahme: Know-how-Transfer für Klima- und Naturschutz fördern

Die IHK Berlin wird im Rahmen der Initiative „Unternehmen biologische Vielfalt 2020“ im bundesweiten Expertennetz vertreten sein, um die Initiative weiter zu konkretisieren und daraus Synergien für Berliner Unternehmen zu nutzen.

Maßnahme: Stellenwert des Stadtgrüns hervorheben

Die IHK wird sich insbesondere in ihrer Funktion als Mitglied des Sachverständigenbeirats für Naturschutz und Landschaftspflege für die besondere Bedeutung eines intakten Stadtgrüns für den Wirtschaftsstandort Berlin einsetzen.

Forderung: Dialog für eine nachhaltige und klimagerechte Stadtentwicklung mit der Politik intensivieren

Die IHK Berlin fordert, die Sicherung einer intakten städtischen Umwelt, Fragen für eine klimaneutrale Stadt, der Luftverschmutzung und des Energieverbrauchs unter den Gesichtspunkten der Verhältnismäßigkeit und einer Kosten-Nutzen-Analyse abzuwägen. Gleichzeitig sind die Unternehmen in ihren Strategien für eine Anpassung an den Klimawandel rechtzeitig zu unterstützen.

Forderung: Kosteneffiziente Energiemarktordnung einfordern

Die IHK fordert eine kosteneffiziente und marktorientierte Neuordnung des energiepolitischen Ordnungsrahmens. Dazu zählt insbesondere, erneuerbare Energien innerhalb einer überschaubaren Perspektive in den Markt zu integrieren. Das EEG-Förderregime sollte auf eine im Vorhinein festgelegten Marktprämie in Form eines Zuschlags pro eingespeister kWh umgestellt werden, der in einem transparenten und technologieoffenem Verfahren bestimmt wird.

Forderung: Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bei Umsetzung der Energiewende erhalten

Die IHK wird fordern, dass Versorgungssicherheit, die Gewährleistung bezahlbarer Strompreise und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft neben dem Ausbau erneuerbarer Energie gleichberechtigte Ziele der Energiewende sind. Dazu sollte die Stromsteuer deutlich gesenkt werden. Sonderregelungen für die stromintensive Industrie ermöglichen deren internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Ziel: Energiepolitische Strategie für Berlin im Schulterschluss mit der Wirtschaft vorantreiben
--

Maßnahme: Beteiligung an Fachgremien fortführen

Die IHK wird ihre Mitarbeit in den wesentlichen Fachgremien fortsetzen, z.B. Berliner Klimaschutzrat, Beirat Cluster Energietechnik usw.

Maßnahme: Förderung für Berliner Unternehmen sichern

Die IHK wird sicherstellen, dass die Berliner Wirtschaft und insbesondere KMU in stärkerem Maße als bisher von zielgerichteten Förderprogrammen (im Rahmen der neuen EFRE-Programme) profitiert.

Maßnahme: Initiative Berliner „Masterplan Energie“ fortsetzen

Gemeinsam mit anderen wichtigen Wirtschaftsakteuren der Stadt wird die IHK den Berliner "Masterplan Energie" fortsetzen, um eine effiziente Umsetzung der Energiewende zu gewährleisten.

Maßnahme: Politische Positionen zur Bewältigung der Energiewende kommunizieren

Die IHK wird ihre unter Federführung des Umwelt- und Energieausschusses entwickelten energiepolitischen Positionen gegenüber der Politik kommunizieren.

Forderung: Energiewendegesetz technologieoffen, verlässlich und wirtschaftlich gestalten

Die IHK wird sich für eine technologieoffene und wirtschaftsfreundliche Ausgestaltung des Berliner "Energiewendegesetzes" und des "Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes" einsetzen.

Forderung: PPP für Klimaziele einsetzen

Die IHK wird den Einsatz öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) bei der Erfüllung der Berliner Klimaziele fordern, denn wo die öffentliche Hand selbst keine Lösungen bereit stellt, sollte sie auf das Know-how Privater zurückgreifen.

Ziel: Zusätzliche Unternehmen für konkrete Energie- und Ressourceneffizienzprojekte gewinnen

Maßnahme: Energieeffizienzcoaching fortführen

Die IHK wird Unternehmen weiterhin "vor Ort" über Grundsätze der Energieeffizienz beraten.

Maßnahme: Aktionsbündnis KlimaSchutzPartner Berlin weiter mit gestalten

Die IHK wird den Wettbewerb "KlimaSchutzPartner" des Jahres weiterhin federführend organisieren.

Maßnahme: Energieeffizienz-Netzwerke fördern

Die IHK wird Netzwerke zur Energieeffizienz aktiv unterstützen.

Maßnahme: Umwelt- und Energiemanagementsysteme kommunizieren

Die IHK wird Unternehmen über die Vorteile von Managementsystemen sowie durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit für deren Nutzung gewinnen. Besonderen Schwerpunkt wird sie dabei auf die Möglichkeit der Förderung des Spitzenausgleichs im Rahmen der Energie- und Stromsteuer legen.

Ziel: Themenspezifische Unterstützungsangebote ausbauen - Politische Rahmenbedingungen optimieren
--

Maßnahme: Mittelstandsinitiative Energiewende unterstützen

Die IHK wird die gemeinsam zwischen DIHK, ZDH, BMWi und BMU vereinbarte „Mittelstandsinitiative Energiewende“ in Berlin mit den passenden Unterstützungsangeboten umsetzen.

Maßnahme: Neue gesetzliche Regelungen transparent machen

Die IHK wird Unternehmen über neue gesetzliche Bestimmungen im Bereich des Energie- und Umweltsrechts durch Workshops, Newsletter und Merkblätter informieren.

Maßnahme: Unternehmen bei der Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes unterstützen

Die IHK wird Unternehmen bei der Umsetzung der mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz zusammenhängenden Verpflichtungen unterstützen und entsprechend beraten.

Maßnahme: Abfallberatung auf hohem Niveau fortführen

Die IHK wird die vom Staat auf die IHKs übertragene Aufgabe der Abfallberatung nach § 46 KrWG weiter serviceorientiert ausführen.

Maßnahme: Pflicht zur Vollständigkeitserklärung für Unternehmen erleichtern

Die IHK wird Unternehmen jeweils termingerecht über die Hinterlegungspflicht für Vollständigkeitserklärungen nach der Verpackungsverordnung informieren und Hilfestellung bei der elektronischen Hinterlegung geben.

Maßnahme: Unternehmerisches Know-how für Energie- und Umwelttechnologien ausbauen

Die IHK wird Unternehmen zu aktuellen energie- und umweltpolitischen Entwicklungen informieren und den unternehmensübergreifenden Technologie- und Wissenstransfer in diesen Bereichen mit verschiedenen Veranstaltungsformaten unterstützen.

Maßnahme: Durch Weiterbildung Fachwissen sichern

Die IHK wird durch spezifische Weiterbildungsangebote unternehmerisches Energie-Know-how steigern.

Maßnahme: EMAS-Register führen

Die IHK wird die Führung des EMAS-Registers, eine vom Staat auf die IHKs übertragene Aufgabe, serviceorientiert ausführen. Dabei wird sie die Möglichkeit für Unternehmen, sich nach EMAS weltweit validieren und mit allen Standorten bei einer IHK registrieren zu lassen, aktiv kommunizieren.

Forderung: Immissionsschutzanforderungen im Dialog mit den Unternehmen weiterentwickeln

Die IHK wird sich dafür einsetzen, dass im Rahmen der Luftreinhalte- und Lärminderungsplanung in Berlin keine unverhältnismäßigen und unwirtschaftlichen Anforderungen an die Unternehmen am Standort gestellt werden. Dabei ist insbesondere die Einbindung der Betroffenen vor Ort zu gewährleisten, z.B. bei der Gestaltung von Modellstrecken im Bereich der Lärminderung.

Forderung: Grundwassermanagement etablieren

Die IHK fordert, dass der Senat sich aktiv dem Thema Grundwassermanagement widmet, um Standortnachteile für Berlin durch zu hohe Grundwasserstände zu vermeiden. Die Ergebnisse des „Runden Tisches Grundwasser“ sind in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen umzusetzen.

Forderung: Berliner Wasserrecht wirtschaftsfreundlicher gestalten

Die IHK fordert die wirtschaftsfreundliche Ausgestaltung des Berliner Wasserrechts. Unternehmen dürfen nicht weiter mit vermeidbaren Investitions- und Bürokratiekosten belastet werden. Statt zusätzlicher Fristen oder Auflagen muss ein Wassergesetz Anreize für die Investition in nachhaltige Wassertechnologien setzen und die hohe Abgabenlast am Wirtschaftsstandort reduzieren.

Forderung: Wasserpreise dauerhaft reduzieren

Die IHK fordert, langfristig niedrige Wasserpreise für die Wirtschaft auf der Basis eines nachhaltigen Finanzierungskonzepts zu gewährleisten, ohne den Landeshaushalt zu belasten oder die Leistungsfähigkeit der Berliner Wasserbetriebe zu beeinträchtigen.

Aktionsfeld: Internationalisierung der Berliner Wirtschaft

Ziele im Überblick

- Ziel: Für Berlin das bundesweit beste Beratungs- und Informationsangebot zu den Entwicklungen von internationalen Handelsbeziehungen anbieten
- Ziel: Berliner Unternehmen bei der Markterschließung EU-Ländern unterstützen, um ihnen eine herausragende Rolle bei der Auftragsvergabe zu sichern
- Ziel: Sensibilisierung der Berliner Unternehmen für Fragen der Sicherheit und Compliance in der Außenwirtschaft

Ziel: Für Berlin das bundesweit beste Beratungs- und Informationsangebot zu den Entwicklungen von internationalen Handelsbeziehungen anbieten

Maßnahme: Kompetenzen der Berliner Wirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern schärfen

Die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit an die IHK Berlin entsandte Expertin wird auch im Jahr 2014 als kompetente Ansprechpartnerin zur Verfügung stehen. Die Beratungen umfassen alle wirtschaftsrelevanten Angebote des BMZ sowie die weiterer Bundesressorts. Mit einer individuellen Beratung wird den Unternehmen der Zugang zu den einzelnen Instrumenten und Ansprechpartnern in den zuständigen Durchführungsorganisationen der Ministerien erleichtert. Geschäftschancen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit gibt es insbesondere in den Bereichen der sozialen sowie der technischen Infrastruktur.

Maßnahme: Außenwirtschaftsförderung

Die IHK Berlin berät das Land Berlin im Hinblick auf die öffentlichen Außenwirtschaftsprogramme, insbesondere zum IBB-Förderprogramm "Neue Märkte erschließen". Im Jahr 2014 wird dabei eine Verbesserung der Vermarktung der Programme im Vordergrund stehen; die IHK Berlin wird sich mit ihrer Erfahrung einbringen und ihre Mitgliedsunternehmen darüber informieren und beraten. Neuerdings begutachtet die IHK Berlin die Anträge auf individuelle Förderung aus dem IBB-Förderprogramm. Damit flankiert sie die Mitgliedsunternehmen bei der öffentlichen Förderung ihrer Internationalisierungsstrategien.

Maßnahme: Zoll- und Außenhandelsdokumente kundenorientiert ausfertigen

Zu den wichtigsten Aufgaben der IHK Berlin im Bereich der Außenwirtschaft gehört das Ausstellen von Ursprungszeugnissen, Carnets und anderen Bescheinigungen für die Außenwirtschaft sowie das Angebot von Beratungen im Zusammenhang damit. Bei der IHK Berlin haben die Unternehmen die Möglichkeit, im Rahmen des Sofortservices Dokumente noch im selben Tag ausgefertigt zu bekommen.

Maßnahme: Kooperation der Wirtschaftsförderer zur Stärkung des Berliner Exports

IHK Berlin wird auch im neuen Jahr eng mit der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, der Wirtschaftsförderung des Landes Berlin, im Interesse der Berliner Unternehmen zusammenarbeiten. Insbesondere gilt dies für die Organisation von Messegemeinschaftsständen für die Berliner Wirtschaft sowie bei politisch begleiteten Delegationsreisen.

Maßnahme: Empfang ausländischer Delegationen

Es werden wieder zahlreiche ausländische Delegationen mit Unternehmerinnen und Unternehmern erwartet, die an einer engen Zusammenarbeit mit der Berliner Wirtschaft interessiert sind. Ziel dieser Delegationen ist sowohl eine Verstärkung bestehender wirtschaftlicher Beziehungen als auch der Aufbau neuer Kooperationen. Für Berliner Unternehmen wird es dabei wieder vielfältige Möglichkeiten geben, mit neuen Geschäftspartnern in Verbindung zu treten.

Maßnahme: Organisation von Delegationsreisen

Die IHK Berlin wird auch 2014 wieder Delegationsreisen mit hochrangiger politischer Begleitung organisieren. Die Auswahl der Ziele wird dabei in Abstimmung mit dem Senat sowie mit Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie als Berliner Wirtschaftsförderung erfolgen. Im Fokus stehen dabei die im Jahr 2014 anstehenden Jubiläen der Städtepartnerschaften.

Maßnahme: Beratung zum Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Die IHK Berlin berät ihre Mitgliedsunternehmen in allen Fragen des Zolls und des Außenwirtschaftsrechts und sich im Sinne ihrer Mitgliedsunternehmen für transparente und unternehmensfreundliche Zollverfahren bei der Zollverwaltung einsetzen. Um hier Expertise an die Mitgliedsunternehmen weitergeben zu können, ist die IHK Berlin Mitglied in der „Arbeitsgruppe Zoll“ des DIHK.

Maßnahme: Angebot von Workshops zum Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Die IHK Berlin wird wieder Workshops zu unterschiedlichen Themen der Außenwirtschaft anbieten. Hierbei steht die praktische Abwicklung internationaler Geschäfte im Vordergrund. Die wesentlichen außenwirtschaftlichen Themen werden ebenso behandelt wie die formale und technische Abwicklung von Außenwirtschaftsdokumenten beim Zoll. Die Workshops sind für Newcomer im internationalen Geschäft, aber auch zum Update für bereits im Außenhandel tätige Unternehmen konzipiert.

<p>Ziel: Berliner Unternehmen bei der Markterschließung EU-Ländern unterstützen, um ihnen eine herausragende Rolle bei der Auftragsvergabe zu sichern</p>
--

Maßnahme: Zu Fragen der Europäischen Union beraten

Die IHK Berlin berät zu Fragen rund um die EU, insbesondere zum Warenverkehr im Binnenmarkt und zu steuerlichen Fragen im Zusammenhang damit. Darüber hinaus berät sie in Fragen der Niederlassung und zur Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen und stellt in diesem Zusammenhang die erforderlichen EG-Dienstleistungsbescheinigungen aus.

Maßnahme: Privilegierte Partnerschaft mit dem Enterprise Europe Network (EEN)

Um verstärkt Synergien zu nutzen, wird die IHK Berlin als privilegierter Partner weiterhin in enger Kooperation mit dem Enterprise Euro Network (EEN) Berlin-Brandenburg zusammenarbeiten, das in vielen Belangen rund um das Geschäft im Binnenmarkt berät.

Ziel: Sensibilisierung der Berliner Unternehmen für Fragen der Sicherheit und Compliance in der Außenwirtschaft

Maßnahme: Compliance in der Außenwirtschaft umsetzen

Das Thema Compliance spielt in den internationalen Handelsbeziehungen eine immer größere Rolle. Hierzu gehört eine unternehmensbezogene Risiko-Analyse und die Pflicht, Vertragspartner national und international und auch Mitarbeiter in den offiziellen Terrorlisten zu prüfen. Die IHK Berlin wird hierzu auch im Jahr 2014 sowohl individuell als auch im Rahmen von Workshops informieren.

Weitere Leistungen

Ziele im Überblick

Ziel: IHK Berlin bleibt weiterhin Meinungsmacher in wirtschaftspolitischen Debatten in Berlin

Ziel: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Unternehmen durch einen verbesserten Zugang zu wirtschaftsrelevanten Informationsangeboten

Ziel: Steigende gesellschaftliche Anerkennung für ehrenamtliches Engagement in der Berliner Wirtschaft

Ziel: Beitragsgerechtigkeit gewährleisten und effektives Adressenmanagement

Ziel: IHK Berlin bleibt weiterhin Meinungsmacher in wirtschaftspolitischen Debatten in Berlin

Maßnahme: „Berliner Wirtschaft“ herausgeben

Die IHK Berlin berichtet mittels des Magazins „Berliner Wirtschaft“ über wirtschaftliche Themen in der Hauptstadt. Durch Nachrichten, Berichte, Interviews, Porträts und Infografiken wird der Leser über Berliner Unternehmen, die Wirtschaftspolitik des Landes und des Bundes sowie rund um Servicethemen informiert. Auch in Zukunft soll die „Berliner Wirtschaft“ das Sprachrohr Berliner Unternehmen und der IHK Berlin sein.

Maßnahme: Publikationen nachhaltig veröffentlichen

Die IHK Berlin schafft durch die nachhaltige Veröffentlichung von Publikationen Fakten, die als Argumentationsgrundlage für öffentliche und (wirtschafts-) politische Debatten dienen sollen. Auf diese Weise können die Interessen der Berliner Unternehmerschaft sachlich und konsequent vertreten werden.

Maßnahme: Wirtschaftspolitisches Frühstück veranstalten

Die IHK Berlin schafft mit dem "Wirtschaftspolitischen Frühstück" einen Raum für einen Austausch zwischen Unternehmerschaft und Entscheidungsträgern, um Netzwerke auszubauen und konstruktive Diskussionen zu fördern. Das "Wirtschaftspolitische Frühstück" ist eine Premiumveranstaltung der IHK Berlin mit bedeutsamen Rednern aus regionaler wie überregionaler Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Mit Hilfe dieser Veranstaltung können wirtschaftspolitische Themen an die Mitgliedsunternehmer der IHK Berlin herangetragen werden.

Ziel: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Unternehmen durch einen verbesserten Zugang zu wirtschaftsrelevanten Informationsangeboten

Maßnahme: Verbessertes Informationsangebot für neue Mitgliedsunternehmen bereitstellen

2014 wird die IHK den Erstkontakt zu den neuen IHK-Mitgliedern weiter ausbauen und verbessern. Hierzu werden ca. 40.000 Begrüßungsschreiben an Neumitglieder versandt. Neben der Informationsveranstaltung "Well-Kammer" wird mit dem Paket „Hans und Karla“ den Unternehmen ein leichter Einstieg in das Thema IHK ermöglicht.

Maßnahme: Zielgruppenspezifische Informationsaufbereitung verbessern

Durch Themenportale, Microsites und die IHK Internetseite erhalten mindestens 1,4 Millionen Kunden zu allen Fragen rund um die Berliner Wirtschaft die passenden Antworten. Zudem werden über die 18 Newsletter 12.400 Kunden regelmäßig und kostenfrei über wichtige Wirtschaftsnachrichten informiert.

Als weiteren Service wird die IHK ihren Mitgliedsunternehmen den Zugang zu ganz spezifischen Informationsangeboten über die Aufnahme in Themenverteiler erleichtern und Informationen in einem entsprechenden Mitgliederbereich zur Verfügung stellen.

Maßnahme: Online-Kommunikation ausweiten

Um die unterschiedlichen Zielgruppen noch besser ansprechen zu können, wird die Nutzung der Social Media Kanäle der IHK Berlin noch stärker ausgebaut und mit der Gesamtkommunikation verzahnt. Hierzu gehört nicht nur die Intensivierung der Nutzung etablierter Kanäle wie Twitter und Xing, sondern auch die Erweiterung des Kommunikationsangebotes für spezielle Zielgruppen, wie Start-ups und Schüler.

Maßnahme: Telefonische Erstauskünfte anbieten

Es werden 44.000 telefonische Anfragen mit einer Erreichbarkeit von über 94% über die zentrale Einwahl der IHK beantwortet oder an Spezialisten der IHK weitergeleitet.

Maßnahme: Zufriedenheit der Mitgliedsunternehmen messen

Die IHK Berlin hat Ende 2013 erstmals seit 2004 wieder eine regionale Zufriedenheitsanalyse unter den Mitgliedsunternehmen durchführen lassen. Beauftragter Dienstleister war das renommierte Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid. Den Ergebnissen entsprechende Maßnahmen zur weiteren Steigerung der Wahrnehmung und Zufriedenheit werden ergriffen.

Maßnahme: Ludwig Erhard Haus als „Ort der Informationsbeschaffung“ etablieren

Die IHK Berlin wird über eine neu gestaltete Website das Ludwig Erhard Haus als Haus der Berliner Wirtschaft darstellen, wo sich Berliner Unternehmen, Politik und Verwaltung sowie Wirtschaftsförderinstitutionen begegnen und Wirtschaftspolitik für Berlin gestalten. Mit gezielten Informationen zu den Räumlichkeiten und Serviceleistungen sollen die Möglichkeiten, das LEH als Veranstaltungsort zu nutzen, dargestellt werden.

Ziel: Steigende gesellschaftliche Anerkennung für ehrenamtliches Engagement in der Berliner Wirtschaft

Maßnahme: IHK stärker mit dem Ehrenamt verknüpfen

Die IHK Berlin will die Marke IHK stärker mit dem Thema Ehrenamt verbinden. Die IHK Berlin möchte dadurch Sympathie und ein Verständnis für die Struktur und die Aufgaben der gesamten Institution schaffen.

Maßnahme: Zufriedenheit der IHK Ehrenamtlichen fördern

Die IHK Berlin fördert die Zufriedenheit ihrer Ehrenamtlichen durch interne und externe Anerkennung ihrer besonderen Leistungen. Damit sollen die Ehrenamtlichen als Multiplikatoren für die Verbesserung des IHK Image gewonnen werden und Nachwuchs vom ehrenamtlichen Engagement begeistern.

Maßnahme: Ehrenamt ein Gesicht geben

Die IHK Berlin trägt die Gesichter des Ehrenamts stärker an die Öffentlichkeit, um so die Struktur als Selbstverwaltungsorgan zu kommunizieren und die IHK menschlich und greifbar zu machen. Die IHK Berlin stärkt so auch die öffentliche Anerkennung der freiwilligen Tätigkeit.

Ziel: Beitragsgerechtigkeit gewährleisten und Adressenmanagement effektiver gestalten

Maßnahme: Dialog mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft zur Etablierung eines einfachen Systems zur online Gewerbeum- bzw. -abmeldung fortsetzen

Die IHK Berlin den Dialog mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft und den Gewerbeämtern fortsetzen, um die Hürden für eine Gewerbeum- bzw. -abmeldung möglichst gering zu halten und ein unbürokratisches System dafür zu realisieren.

Maßnahme: Retourenmanagement mit digitalem Sammelabgleich mit den Datenbanken der Einwohnermeldeämter fortsetzen

Im Rahmen ihres Retourenmanagements wird die IHK Berlin den seit 2012 möglichen digitalen Sammelabgleich mit den Datenbanken der Einwohnermeldeämter fortsetzen, um ihre Daten zu den Kleingewerbetreibenden stetig zu aktualisieren.

Maßnahme: Mitgliedsdaten mit den Daten der Finanzverwaltungen abgleichen und Prozess ausbauen

Die IHK Berlin wird auch weiter ihre Daten über die Kammerleitstelle mit den Daten der Finanzverwaltungen abgleichen und das Verfahren stetig optimieren, um die Daten zur Gewerbesteuerpflicht - und damit auch zur Beitragspflicht der Mitglieder - weiter aktuell zu halten.

Stichwortverzeichnis

- Abfallwirtschaft 21
Anerkennungsgesetz 30, 34
Arbeitsmarkt 27, 28, 30, 34
Aus- und Weiterbildung 27, 31, 32, 36, 38
Ausgründungen 40, 41
Außenwirtschaftsförderung 51
Bauleitplanung 15
Baumaßnahmen 10, 12, 14
Berufsbildungsexport 27, 39
Berufsschulreform 27, 35
Betriebsprüfung 20
Bürokratieentlastung 22
Business Welcome Services (BWS) 10
City-Tax 19
Cluster IKT- /Medien- /Kreativwirtschaft 3, 4
Cluster Verkehr/Mobilität/Logistik 2, 5
Clustermonitoring 3
Clusterpolitik 2, 4, 42
Clusterstrukturen 3
Corporate Social Responsibility (CSR) 2, 11, 29
Daseinsvorsorge 21
Datenschutz 24
Delegationen 39, 52
demografischer Wandel 25, 27, 30, 31, 36, 38
Digitale Wirtschaft 4
Duales Studium 43
Ehrenamt 34, 36, 55
Einheitlicher Ansprechpartner (EA) 23
EMAS 49
Energemarktordnung 47
Energiewende 21, 42, 47, 48, 49
Energiewendegesetz 48
Energiewirtschaft 21, 46
Enterprise Europe Network (EEN) 52
Europäischen Strukturfonds 2, 7
Existenzgründer 8
Fachkräfte 2, 10, 22, 27, 28, 29, 30, 32, 37, 43
Fachkräftesicherung 11, 27, 29, 30, 38, 39, 43
Finanzierungsinstrumente 2, 6
Finanzwirtschaft 23
Förderstrukturen 2, 5
Frauen an die Spitze 31
Geschäftsstraßeninitiativen 13
Gesundheitswirtschaft 2, 3, 30, 36, 38
Gewerbegebiete 12
Gewerbesteuerbelastung 18, 19
Green Economy 46
Gründerhauptstadt 2, 8
Grundsteuer 18, 19
Grundwassermanagement 50
Haushalt 18
Haushalt und Wettbewerb 18
Hochschulen 10, 36, 40, 41, 43, 44, 45
IMMS 8
Industrie 40, 42
Industriestandort Berlin 42
Infrastruktur 10, 12, 16, 51
InnoBB 2
Innovationsfähigkeit 40, 43
Innovationsförderung 40
Integration 27, 34, 46
internationale Handelsbeziehungen 51, 53
Internationalisierung 5, 51
Investitionsquote 18, 19
IT-Sicherheit 25, 42
KfW 7, 8
Klimaschutz 46
KlimaSchutzPartner Berlin 48
KMU 6, 39, 40, 44, 48
Konjunkturentwicklung 7
Kreativwirtschaft 2, 4, 17
Kreislaufwirtschaftsgesetz 21, 49
Länderfinanzausgleich 18
Liegenschaftspolitik 13
Masterplan Energie 48
Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg 3
Masterplan Industriestadt Berlin 2010-2020 43
MINT 27, 33
Mittendrn Berlin 12
Monetäre Wirtschaftsförderung 2, 6
Nachfolgeregelung 9
Netzwerke 9, 40, 48, 54
Nord-Süd-Initiative 13, 16
One-Stop-Agentur Berlin 10
Online-Gewerbemietenservice 13
ÖPNV 17, 21
Personalmanagement 22, 25
Praktika 33, 37, 44
Praktikum in der Berliner Wirtschaft 44
Rekommunalisierungen 21
Road Map Green Economy 46

Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen 39	Umwelt und Ressourcen 46
Schaufenster Elektromobilität 5	Unternehmensservice 6
Schulqualität 27, 32, 33	Verbraucherschutz 24
Schwarzarbeit 27, 28	Vereinbarkeit Familie und Beruf 27, 29
ServiceStadt Berlin 2016 22	Vergaberecht 19, 24
SKIP 43	Verkaufsoffene Sonntage 24
Smart City 12, 16	Verkehrsinfrastrukturprojekte 12, 13, 14
Sportstadt 2, 9	Vermögensteuer 20
Städtebauförderung 12, 15	Verwaltung 3, 4, 9, 10, 12, 16, 18, 22, 25, 26, 28, 55
Standortkooperationen 12, 13	Verwaltungsreform 18
Standortmarketing 2, 10	Wassertourismus 10
Standortstärken 2, 7	Weitere Leistungen 54
Start-ups 7, 8, 10, 38, 55	Wettbewerb 17, 18, 21, 23, 24, 28, 29, 44, 48
Steuerpraxis 18, 20	Wirtschaftsförderinstitutionen 2, 5, 55
Steuerreformen 20	Wissenschaft und Technologietransfer 40
Tourismuskonzept 9	Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 52
Tourismusmagnet 2, 9	Zukunftsorte 15, 40, 41
TXL 16	
Umwelt 14, 47, 48	